

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Februar 2018

MONATLICHES E-PAPER

STAATSKRISE

Venezuela leidet unter
Hyperinflation und einer
humanitären Notlage

RECHT

Internationaler
Strafgerichtshof
ermittelt gegen Burundi

NACHHALTIGKEIT

China treibt grünen
Wandel im eigenen
Land voran



Militär und Politik

SCHWERPUNKT

Militär und Politik

Militärisches Imperium

Nach dem Arabischen Frühling gewann das Militär in Ägypten nie dagewesenen Einfluss. Wie es Politik und Wirtschaft kontrolliert, erklärt die Journalistin Ingy Salama.

SEITE 20

Demokratie und autoritäre Herrschaft

Die ECOWAS in Westafrika ist bemüht, demokratische Prinzipien durchzusetzen und Bürgerkriege zu begrenzen, erklärt der Wissenschaftler Vladimir Antwi-Danso. In Eritrea hingegen errichteten die ehemaligen Befreiungskämpfer eine autoritäre Herrschaft, beschreibt ein Flüchtling unter Pseudonym.

SEITEN 22, 24

Eigene Logik

Der Kongo ist seit Jahrzehnten durch Militär- und Rebellen Gewalt geprägt. Was zur Entschärfung der Situation vonnöten wäre, erläutert der Kongo-Experte Christoph Vogel. Im Kongo ist auch das Problem der Kindersoldaten sehr brisant, sagt Dirk Bathe von World Vision.

SEITEN 26, 29

Innenpolitische Macht

Warum das Militär innenpolitisch so starken Einfluss hat, erklären Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik für Pakistan, die Journalistin Edith Koesoemawiria für Indonesien sowie die Wissenschaftler Siwach Sripokangkul und John Draper für Thailand.

SEITEN 30, 31, 33

Küstenwache oder Paramilitär?

Frontex, die Agentur zum Schutz der EU-Außengrenzen, ist höchst umstritten. Kritiker werfen ihr vor, der „paramilitärische Arm Europas“ gegen Migranten aus Afrika zu sein. Warum dies nur bedingt zutrifft, erklärt der Jurist Oliver Harry Gerson.

SEITE 34

Militärische Friedenssicherung

Sicherheit und Entwicklung hängen voneinander ab. Deshalb sollten Bundeswehr und zivile entwicklungspolitische Akteure bei der Bewältigung internationaler Krisen zusammenarbeiten, findet Tinko Weibezahl von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wie die neue G5-Sahel-Truppe neben der UN-Mission MINUSMA in Mali für Stabilität sorgen will, erläutert Julia Maria Egleder, Redakteurin des Magazins für Sicherheitspolitik Loyal.

SEITEN 37, 39

Monitor

Kampf gegen nichtübertragbare Krankheiten | Wie große Nahrungsmittelkonzerne ungesunde Essgewohnheiten fördern | Paradigmenwechsel in der EU-Außenpolitik | Heutzutage: Malawi und China pflegen enge Beziehungen | Impressum

4

Debatte

Schwere Krise nach Präsidentschaftswahl in Honduras | Kambodscha vor den Wahlen | Steuerreform in den USA | Leserbrief

9

Tribüne

FRANCINE JÁCOME

Kein Ende der Krise in Venezuela in Sicht

13

DARLEEN SEDA

Burundi: Austritt aus dem IStGH darf nicht zu Straffreiheit führen

15

BERTHOLD KUHN

China bemüht sich, nachhaltige Entwicklung voranzutreiben

17

Schwerpunkt: Militär und Politik

INGY SALAMA

Ägyptens Militär hat eine enorme ökonomische und politische Macht

20

INTERVIEW MIT VLADIMIR ANTWI-DANSO

ECOWAS ist ein Vorreiter demokratischer Kultur in Westafrika

22

DIGLEL FADI

Wie in Eritrea eines der repressivsten Regime der Welt entstand

24

INTERVIEW MIT CHRISTOPH VOGEL

Im Kongo üben Armee und zahllose Rebellengruppen Gewalt aus

26

DIRK BATHE

Das Geschäft mit Kindersoldaten muss weltweit geächtet werden

29

EDITH KOESOEMAWIRIA

Indonesische Regierung setzt Soldaten für zivile Aufgaben ein

30

INTERVIEW MIT CHRISTIAN WAGNER

Warum das Militär in Pakistan so großen politischen Einfluss hat

31

SIWACH SRIPOKANGKUL UND JOHN DRAPER

Armee in Thailand sieht sich selbst als Wächter der Monarchie

33

OLIVER HARRY GERSON

Frontex ist eine umstrittene europäische Grenzschutzagentur

34

TINKO WEIBEZAH

Militär und zivile Entwicklungshilfe sollten in Konfliktländern zusammenarbeiten

37

JULIA MARIA EGLEDER

Was von der neuen G5-Sahel-Gruppe in Westafrika zu erwarten ist

39

Durch Gewalt oder Konsens

Gewalt kann der Schlüssel zu vielem sein – Macht, Geld oder Einfluss. Manche wollen ihre Ansichten möglichst mit Gewalt durchsetzen. Streitkräfte sind per definitionem in der Lage, Gewalt auszuüben. Prinzipiell ist das Militär einer Nation dazu da, sie vor Feinden zu beschützen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Menschheit jedoch viel mehr Militärputsche erlebt als grenzüberschreitende Kriege, vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Militärdiktaturen unterdrücken und traumatisieren die Bürger langfristig. Meist erfüllen sie nicht ihre Versprechen von Fortschritt und Reichtum. Schließlich begehren die Menschen gegen die Repression auf. Letztendlich kann politische Macht nicht ausschließlich mit Gewehren erzwungen werden.

Manchmal sind die Streitkräfte Katalysatoren des Wandels. In den beiden Perioden der Militärherrschaft in Ghana unter Jerry Rawlings gab es einen harten Kampf gegen Korruption, und Rawlings übergab später freiwillig die Macht an eine zivile Regierung. In Venezuela initiierte die Militärregierung unter Hugo Chávez soziale Reformen, die den Ärmsten zugutekamen. Aber seine Partei diversifizierte die ölbasierte Wirtschaft nicht, und sein Nachfolger agiert zunehmend despotisch (s. Artikel S. 13). Libyens erste Jahrzehnte unter Muammar Gaddafi waren geprägt von großen Infrastrukturprojekten und Investitionen in Gesundheit und Bildung. Aber er ist auch ein gutes Beispiel für Militärherrscher, die sich an die Macht klammern und genauso korrupt und grausam werden wie die Präsidenten oder Könige, die sie entmachteten hatten.

Manchmal sind die Streitkräfte gezwungen, einzuschreiten, um einen Diktator loszuwerden, und man feiert sie als Retter. So in der jüngsten Zeit in Simbabwe, wo das Militär den langjährigen Autokraten Robert Mugabe stürzte. Das Problem ist jedoch, dass die Armee ihm jahrzehntelang geholfen hatte, an der Macht zu bleiben. Nun muss man sehen, ob – wie versprochen – freie und faire Wahlen abgehalten werden.

In den letzten Jahrzehnten haben Friedensmissionen in vielen Ländern wichtige Arbeit geleistet, etwa im Südsudan, in Mali oder der DR Kongo. Truppen aus verschiedenen Ländern wurden als UN-Blauhelme stationiert. Diese Interventionen prägen die teilnehmenden Truppen, weil sie ein Verständnis für multilaterale Angelegenheiten und gute Regierungsführung entwickeln. In vielen Ländern jedoch neigen Soldaten dazu, sich wie Marodeure zu verhalten und genau die Menschen anzugreifen, die sie beschützen sollten.

Deutschland hat schlechte Erfahrungen mit Militarismus und Diktatur gesammelt. Als Westdeutschland eine neue Armee gründete, ein Jahrzehnt nach dem Ende von Hitlers Diktatur, wurde ein neuer Begriff geprägt: Soldaten waren jetzt „Bürger in Uniform“. Der neue Ansatz bedeutete, dass Soldaten nicht nur individuelle Rechte hatten, sondern auch die Pflicht, Rechtsstaatsprinzipien einzuhalten. Deutsche Soldaten sollen nicht nur Befehle entgegennehmen: Sie müssen Befehlen widersprechen, wenn diese die Menschenrechte und Verfassungsgrundsätze verletzen. Die deutsche Idee der „Bürger in Uniform“ bedeutet auch, dass Truppen nicht nur den Gebrauch der Waffe lernen müssen. Ihre Verantwortung als Bürger ist genauso wichtig. Dieses Konzept verändert die Selbstwahrnehmung der Streitkräfte. Sie sehen sich nicht mehr als Agenten des Krieges, sondern als Hüter des Friedens. Wenn das klar ist, können Bürger die Soldaten als gleichwertig betrachten und müssen nicht ihre Waffen fürchten.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



SHEILA MYSOREKAR
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: Castillo/picture alliance/AP Photo, Llano/picture-alliance/AP Images

Debatte



Fehlende Transparenz

Honduras steckt seit den Präsidentschaftswahlen im November in einer tiefen Krise. Der amtierende Staatschef Juan Orlando Hernández wurde trotz Unregelmäßigkeiten und obwohl eine weitere Amtszeit verfassungswidrig wäre, zum Sieger erklärt. Doch die Menschen würden weiter für Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen, urteilt die Menschenrechtsaktivistin Rita Trautmann.

SEITE 9

Tribüne



Venezuela am Abgrund

Im vergangenen Jahr hat sich die Krise in Venezuela in allen Bereichen verschärft. Hyperinflation, eine immer diktatorischere Regierung und eine humanitäre Notlage bestimmte das Leben der Menschen, beschreibt die Wissenschaftlerin Francine Jácome.

SEITE 13

Keine Straffreiheit für Verbrecher

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ermittelt wegen Gewalt im Zuge der Wahlen in Burundi. Da nutzte der Regierung auch nicht, dass sie die Mitgliedschaft kündigte, als den Mitgliedern klar wurde, dass sie strafrechtlich verfolgt werden könnten, erklärt die Juristin und Forscherin Darleen Seda.

SEITE 15

VORSORGE

Strategische Vorteile der Arbeitgeber

Nichtübertragbare Krankheiten töten jährlich 40 Millionen Menschen, und zu 80 Prozent lebten die Opfer zuvor in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen. Maßnahmen am Arbeitsplatz wirken vorbeugend, wie die NCD Alliance und die Novartis Stiftung in einer aktuellen Publikation ausführen.

Von Hans Dembowski

Rauchen, überzogener Alkoholkonsum, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel sind Faktoren, die das Risiko der wichtigsten nicht übertragbaren Krankheiten erhöhen. Zu diesen gehören Herz-Kreislauf- und Atemwegs-Erkrankungen ebenso wie Krebs, Diabetes und psychische Probleme. Das persönliche Verhalten wirkt sich auf die Gesundheit aus.

mit der Novartis Stiftung. Das Dokument weist darauf hin, dass die Eindämmung chronischer Erkrankungen die Produktivität steigert. Es sei schon hilfreich, der Belegschaft Obst und Gemüse anzubieten oder in kurzen Arbeitspausen Gymnastikübungen durchzuführen.

Laut NCD Alliance laufen bei zwei Dritteln aller multinationalen Konzerne Gesundheitsprogramme. Zugleich werde mit solchen Mitteln nur für neun Prozent der Weltbevölkerung am Arbeitsplatz etwas getan. In Schwellen- und Entwicklungsländern sei die Quote noch niedriger, und in Afrika betrage sie nur ein Prozent.

Aus Sicht der NCD Alliance muss mehr geschehen. Selbst für informelle Unternehmen gebe es sinnvolle Konzepte. Die Auto-

tuation eines Unternehmens insgesamt zu verbessern.

Dem Appell zufolge kreisen die meisten Gesundheitsprogramme in Firmen in Entwicklungs- und Schwellenländern um HIV/Aids und Tuberkulose. Allerdings würden Arbeitgeber zunehmend auf die Bedeutung von nichtübertragbaren Krankheiten aufmerksam. Zu den sieben aus Unternehmenssicht wichtigsten Gesundheitsthemen gehörten mittlerweile psychische Störungen, Diabetes, Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Wie es in dem Papier weiter heißt, sind ganzheitliche Konzepte wichtig. Familien und örtliche Gemeinschaften sollten angesprochen werden, denn letztlich betreffen chronische Krankheiten die ganze Gesellschaft. Arbeitgeber hätten aber eine strategisch besonders günstige Position, um für gesunde Lebensstile zu werben, weil Mitarbeiter viel Zeit im Unternehmen verbrächten und von der Firmenkultur beeinflusst würden. Das Engagement von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen findet die NCD Alliance ebenfalls wertvoll.

Die Autoren stellen klar, dass nichtübertragbare Krankheiten keine Wohlstandsprobleme sind, sondern eine schnell wachsende Last darstellen. Heute hätten 1,9 Milliarden Menschen weltweit Übergewicht – also doppelt so viele, wie an Unterernährung leiden. Den Daten zufolge haben bis zu 30 Prozent der Afrikaner Bluthochdruck mit der Folge einer größeren Wahrscheinlichkeit von Herzinfarkten und Schlaganfällen. Die NCD Allianz warnt, nichtübertragbare Krankheiten führten nach langen Leidenszeiten häufig vorzeitig zum Tod und verschärften Probleme von Armut und Ausgrenzung. Sie fordert, Geberregierungen sollten diesem Thema mehr Aufmerksamkeit widmen.

LINKS

ILO: WISE (Work Improvement in Small Enterprises).

http://www.ilo.org/travail/whatwedo/projects/WCMS_119287/lang--en/index.htm

NCD Alliance und Novartis Foundation: Tackling noncommunicable diseases in workplace settings in low- and middle-income countries.

https://ncdalliance.org/sites/default/files/resource_files/Tackling%20noncommunicable%20diseases%20in%20workplace%20settings%20in%20LMICs_WEB.pdf



Übergewicht betrifft heute doppelt so viele Menschen wie Unterernährung: Markthändlerinnen in Nicaragua.

Ein aktueller Appell fordert Arbeitgeber in Entwicklungs- und Schwellenländern auf, ihre Mitarbeiter auf gesunde Lebensweisen hinzuweisen. Der Appell stammt von der NCD Alliance (Noncommunicable Diseases Alliance), einem Verband nationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, in Zusammenarbeit

ren loben ein Programm der ILO (International Labour Organization) namens WISE (Work Improvement in Small Enterprises). WISE laufe in mehr als 20 Ländern mit einem partizipatorischen Ansatz, der sich an Klein- und Kleinstunternehmer richte. WISE beuge nichtspezifischen Krankheiten vor, sondern diene dazu, die Gesundheitssi-

NICHTSTAATLICHE OPPOSITION

Weltweite Gesundheitsprobleme

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine wichtige Rolle dabei, dass Gesellschaften auf angemessene Weise mit nichtübertragbaren Krankheiten umgehen. Zu ihren Aufgaben gehören Bewusstseinsbildung, die Verbesserung des Zugangs zum Gesundheitswesen, politischer Druck sowie das Monitoring von staatlichen Akteuren und sonstigen Institutionen. In Entwicklungs- und Schwellenländern ist die Bewegung noch jung, aber sie wächst. Einen Überblick verschafft der kürzlich veröffentlichte NCD Civil Society Atlas.

Arme Menschen leiden besonders an nichtübertragbaren Krankheiten, denn sie sind oft schlecht informiert, bekommen ihre Diagnose nur spät und haben dann häufig keinen Zugang zu kompetenter Behandlung. Andererseits betreffen diese Krankheiten die Gesellschaft insgesamt. Alle Patienten sollten dabei unterstützt werden, ihren Lebensstil an Diabetes oder Bluthochdruck anzupassen. Zudem ist Vorbeugung sinnvoll, weil sie die Erkrankungswahrscheinlichkeit senkt.

Diverse Interessengruppen von Unternehmern (siehe Hauptbeitrag) bis hin zu Glaubenseinrichtungen und Behörden sollten sich um diese Dinge kümmern – und zivilgesellschaftlicher Aktivismus kann dazu beitragen, dass sie das auch tun. Es sei wichtig,

Bündnisse zu schließen, urteilt die NCD Alliance (Noncommunicable Diseases Alliance), ein Zusammenschluss von mehr als 50 nationalen und regionalen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Ende letzten Jahres hat die NCD Alliance den NCD Civil Society Atlas veröffentlicht. Er bilanziert die Lage in allen Weltregionen, widmet sich aber besonders Asien, Afrika und Lateinamerika. Er beschäftigt sich systematisch mit den vier Kernaufgaben Awareness-raising, Access, Advocacy und Accountability.

- Als Beispiele für Awareness-raising nennt der Atlas ein Journalistenforum in Tansania, eine Medienkampagne für Rauchverbot in Jordanien und ein Trainingsprogramm für chronisch kranke Kinder in Indien, die Gleichaltrige beraten sollen.

- Der Atlas präsentiert Initiativen für besseren Zugang zum Gesundheitswesen aus der Karibik (Krebstherapien), Malawi (ländliche Krankenversorgung) und Bangladesch (städtische Armutsviertel).

- Der Abschnitt über Advocacy enthält unter anderem Kapitel über eine Kampagne für Gesetzgebung über gesunde Ernährung in Peru, die Unterstützung der nationalen Alkohol-Strategie in Nepal und Kooperation mit Behörden zur Förderung gesunder Ernährung auf Sansibar.

- In Bezug auf Rechenschaftspflicht beschäftigt sich der Atlas mit Monitoring von NCD-spezifischen Programmen in Ost-Afrika und der Karibik, sowie der Schattenberichterstattung zum brasilianischen Programm gegen Übergewicht.

Der Abschnitt über Advocacy ist mit 18 Kapiteln der längste, während der kürzeste (Access) nur die drei hier genannten Kapitel enthält.

Laut NCD Alliance hängt der Erfolg von Zivilgesellschaftsinitiativen von mehreren Faktoren ab. Wichtig sei zum Beispiel, betroffene Menschen sinnvoll einzubeziehen, nachhaltig Spenden einzuwerben und Aktionen mit mehreren Partnern abzustimmen. Auch Medienarbeit sei nötig.

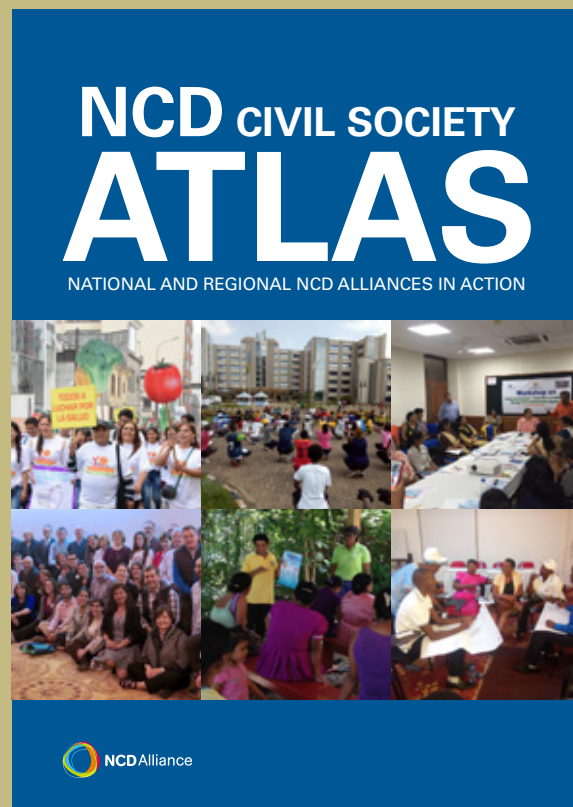
Die Autoren halten fest, dass die Bewegung in Entwick-

lungs- und Schwellenländern noch jung sei und dass zivilgesellschaftliche Organisationen sich dort in stärkerem Maß als in Industrieländern für Advocacy, Awarenessraising und Zugangsverbesserung engagierten. In Entwicklungsländern seien beispielsweise Aktivisten besonders an der Kennzeichnung und abschreckenden Steuerung ungesunder Lebensmittel und Getränken gelegen. In reichen Ländern seien derweil die Leistungen des Gesundheitswesens besser – und das betreffe auch die Aufklärung der Bürger.

LINK

NCD Civil Society Atlas – National and regional NCD alliances in action:

https://ncdalliance.org/sites/default/files/resource_files/NCDAtlas_Web.pdf



ERNÄHRUNG

Big Food erobert Schwellen- und Entwicklungsländer

Eine Handvoll Großkonzerne wie Nestlé, Unilever, Mars oder Danone kontrollieren den weltweiten Markt für Lebensmittel und Getränke. Thomas Kruchem, der die Konzerne als „Big Food“ bezeichnet, kritisiert diese in einer kürzlich erschienen Publikation scharf. Big Food suggeriere einen gesunden und modernen Lebensstil, mache stattdessen aber Menschen krank.

Von Dagmar Wolf

Das Kerngeschäft und die Existenzgrundlage von Big Food ist das sogenannte Junkfood, industriell gefertigte Lebensmittel, die fast nur aus Zutaten wie Fett, Stärke, Zucker, Salz, Geschmacks-, Konservierungs- und Farbstoffen bestehen (sogenannten „leeren Kalorien“). Während der Absatz von Junkfood in den Industrieländern stockt, vermarkten die Konzerne ihre Produkte laut Kruchem inzwischen besonders aggressiv in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Der Autor wirft den Unternehmen Verbrauchertäuschung vor: Betörend attraktive Verpackungen, Träume weckende Fernsehspots und Elterngedanken missbrauchende Gesundheitsversprechen verleiten zum Kauf von krankmachenden Lebensmitteln. Die Werbung suggeriere, industriell hergestellte Lebensmittel seien hochwertiger als Speisen, die der Konsument aus frischen Zutaten selbst zubereitet. Industrienahrung schmecke besser, sei Ausdruck eines modernen Lebensstils, erspare Arbeit und Zeit. Zudem sei sie oft sogar billiger als frische Lebensmittel.

Der rapide zunehmende Junkfood-Konsum habe aber dramatische Folgen für die Gesundheit der Menschen, erläutert Kruchem in „Am Tropf von Big Food“. Übergewicht und Fettleibigkeit verbreiteten sich explosionsartig. Nach jüngsten Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder in den letzten 40 Jahren mehr als verzehnfacht; 124 Millionen der Fünf- bis 19-Jährigen



Großkonzerne fördern ungesundes Ess- und Trinkverhalten in Entwicklungsländern: Verkaufsstand in Neu-Delhi.

seien adipös, 213 Millionen übergewichtig. Mit der Expansion von Big Food werden diese Zahlen noch weiter steigen.

Übergewichtige Kinder hätten mit vielen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen, betont der Autor: Sie litten häufig unter Störung der Skelett- und Muskelentwicklung. Außerdem sei ihr Risiko für Diabetes, Krebs und Herz-Kreislauferkrankungen im Erwachsenenalter drastisch erhöht. Hinzu kämen psychische Probleme wie geringes Selbstwertempfinden, soziale Ausgrenzung und Depressionen.

Insgesamt habe sich die Zahl der Diabetiker weltweit zwischen 1980 und 2016 nahezu vervierfacht. Mittlerweile sei weltweit

jeder elfte Erwachsene Diabetiker; 80 Prozent der Erkrankten lebten in Entwicklungs- und vor allem in Schwellenländern wie Indien, China, Mexiko oder Südafrika. Sowohl die Gesundheitseinrichtungen als auch die Gesellschaften der betroffenen Länder seien mit dieser Pandemie völlig überfordert, erklärt Kruchem. Zahllose Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern siechten jahrelang mit Diabetes-Folgeschäden wie Herz-Kreislauf-Problemen, Schlaganfällen oder Amputationen dahin, meist ohne ärztliche Behandlung, denn die chronisch unterfinanzierten öffentlichen Gesundheitssysteme konzentrierten sich fast ausschließlich auf akute Erkrankungen.

Die Nahrungsmittelkonzerne scheuten auch nicht davor zurück, internationale Hilfsorganisationen (NGOs) vor ihren Karren zu spannen, kritisiert der Autor. Viele NGOs ließen sich auf fragwürdige Kooperationen mit Unternehmen ein, weil sie händelnd Gelder brauchten. Dabei gerieten sie zunehmend in Interessenkonflikte. Die Nahrungsmittelindustrie hingegen profitiere vom „guten Ruf“ von Organisationen wie dem Kinderhilfswerk UNICEF und dem Welternährungsprogramm (WFP). Systematisch erobere Big Food Sitze in Gremien der WHO oder der Welternährungsorganisation (FAO) und nehme so Einfluss auf die globale Gesundheits- und Ernährungspolitik.

Als einen der größten Türöffner für die Nahrungsmittelindustrie in Märkte armer Länder sieht Kruchem die Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN). Diese 2002 gegründete Stiftung, die unter anderen von der Gates-Stiftung finanziert wird, widmet sich dem Kampf gegen Mangelernährung und konzentriert sich auf die Anreicherung von Nahrungsmitteln mit Mikronährstoffen. Dies erlaube der Industrie, ihr mit Nahrungsergänzungsmitteln angereichertes Junkfood als gesund zu verkaufen.

Um krankmachendes Junkfood zurückzudrängen, brauche es nach Ansicht Kruchems einen gemeinsamen Willen und eine konzertierte Aktion von Konsumenten, Zivilgesellschaft, Regierungen, UN-Organisationen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie der Wissenschaft.

BUCH

Kruchem, T., 2017: Am Tropf von Big Food – Wie die Lebensmittelkonzerne den Süden erobern und arme Menschen krank machen. Bielefeld: transcript Verlag.

AUSSENPOLITIK

Paradigmenwechsel in der EU

Laut einer neuen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) findet innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU derzeit ein Paradigmenwechsel statt. Die EU verschiebt ihren Fokus von einer Stabilisierung und Transformation von Nachbarstaaten und -regionen hin zum Aufbau ihrer eigenen Resilienz gegenüber Krisen.

Von Monika Hellstern

Beobachter seien überrascht von der gesteigerten Aufmerksamkeit für die GASP, schreibt Annegret Bendiek, eine Wissenschaftlerin bei der SWP in Berlin, in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Insbesondere in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hat es bedeutende Reformen und Reformvorschläge gegeben. Zudem ist die EU bestrebt, ihre Institutionen durch einen schrittweisen Übergang vom Einstimmigkeits- zum Mehrheitsprinzip effizienter zu machen.

Bendiek begründet das Wiederbeleben der GASP mit mehreren politischen und juristischen Dynamiken. Darin eingeschlossen sind externe Faktoren wie:

- die Rückkehr des Krieges nach Europa durch die Annexion der Krim durch Russland,
- die Bedrohung durch Terrorismus und
- die zunehmende Unberechenbarkeit der USA.

Das alte Paradigma war nach Ansicht Bendieks zu ambitioniert. Die 1993 durch

den Vertrag von Maastricht etablierte GASP sollte Europa dazu befähigen, seine Nachbarn zu stabilisieren und transformieren. Allerdings konnte die EU bisher nicht dazu beitragen, Konflikte in ihrer europäischen, nahöstlichen und afrikanischen Nachbarschaft zu lösen oder einzudämmen. Stattdessen ist die GASP laut Beobachtern zu einem Instrument weniger mächtiger Mitgliedstaaten geworden.

Ziel der GASP ist jetzt das Aufbauen von Resilienz gegenüber internen und externen Bedrohungen – festgelegt in der neuen Globalen Strategie der EU vom Juni 2016. Darin wird Resilienz als Fähigkeit definiert, die EU gegen Angriffe zu verteidigen, Schäden zu reparieren und Strukturen aufzubauen, die weniger anfällig gegenüber Bedrohungen sind.

Ihre Umsetzung ist bereits in Arbeit, auch wenn einige Beobachter kritisieren, dass die Strukturen und Instrumente dafür nicht klar definiert sind. Der geplante Austritt Britanniens aus der EU hat diesen Prozess beschleunigt. Wie Bendiek schreibt, arbeitet die EU bereits daran, ihre Politikkohärenz in folgenden Bereichen zu verbessern:

- in der Sicherheitsunion,
- der Verteidigungsunion und
- der EU-NATO-Kooperation.

Die Sicherheits- und Verteidigungsunion sind formal getrennt, allerdings sollen Querschnittsthemen von Innen- und Außenpolitik in einem „integrierten Ansatz“ bearbeitet werden. Solche Themen sind beispielsweise Migration und Cybersicherheit.

Die Sicherheitsunion wird vor allem von der Europäischen Kommission vorangetrieben und zielt darauf ab, die europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu vertiefen. Unter anderem hat die EU bereits ein Terrorabwehrzentrum im Europäischen Polizeiamt (Europol) eingerichtet, das Waffenrecht verschärft und eine Antiterrorismusrichtlinie verabschiedet.

Die Verteidigungsunion ist ein Projekt von Außen- und Verteidigungsministern zur engeren Koordination der Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten. Beispielsweise soll die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Investitionen in Forschung und Entwicklung ermöglichen.

Zur ihrer Verteidigung hat die EU schon immer mit der NATO zusammengearbeitet. Bendiek zeigt, dass beide Institutionen andere Länder stabilisieren wollen. Ihre Handlungen sollten sich daher ergänzen. Zudem planen die beiden Organisationen, bei der Verteidigung gegen Cyberangriffe stärker zusammenzuarbeiten.

Laut Bendiek wird die entstehende Sicherheits- und Verteidigungsunion zunehmend mächtiger werden. Schon jetzt arbeitet sie an typischen innenpolitischen Themen wie Migration, Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung mit. Beispielsweise hat die EU militärische Maßnahmen gegen Schmuggler ergriffen, um Menschenhandel und illegalen Waffenhandel zu verhindern.

In vier Bereichen wären laut Bendiek Reformen nötig:

1. Die EU sollte ein Weißbuch zur Sicherheit und Verteidigung verabschieden, um europäische Interessen zu definieren und strategische Fragen zu klären.
2. Die Ämter des Kommissionspräsidenten und des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik sollten fusioniert werden.
3. Entscheidungen sollten durch Mehrheitsbeschlüsse statt Einstimmigkeit getroffen werden.
4. Das Europäische Parlament sollte die GASP kontrollieren.

LINK

Bendiek, A., 2017: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Von der Transformation zur Resilienz.

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S19_bdk.pdf



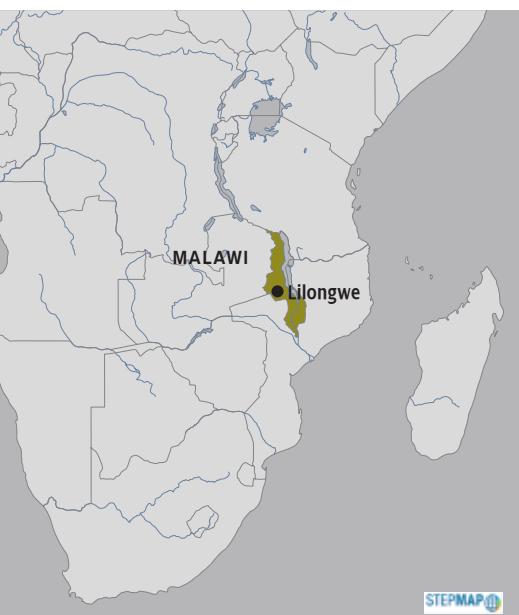
Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, mit Jean-Claude Juncker, dem Kommissionspräsidenten.

Von der Nähe zu China profitieren

China wird oft beschuldigt, Afrika im Allgemeinen – und Malawi im Besonderen – um seine Ressourcen wie Holz und Minerale zu bringen. Doch laut der malawischen Regierung hat das Land sehr von den engen Beziehungen zu China profitiert.

Viele Leute kritisieren, dass China nur die natürlichen Ressourcen afrikanischer Länder ausbeuten wolle. Aber laut Rejoice Shumba, Sprecherin des malawischen Außenministeriums, ist dies in Malawi nicht der Fall. „Natürliche Ressourcen sind eine Einkommensquelle. Wir entscheiden selber, wie viel verkauft werden soll. Wann immer Malawi beschließt, etwas von seinen Rohstoffen zu verkaufen, wird an den Höchstbietenden verkauft“, sagt Shumba.

Die chinesische Botschaft in Malawi erklärt, das Augenmerk liege nicht nur auf Malawis natürlichem Reichtum, sondern auch auf Entwicklung. Sie betont, dass Malawi sehr von China profitiert habe, und weist auf den Bau des Parlamentsgebäudes, des Bingu-Nationalstadions, der Karonga-Chitipa-Straße im Norden, des Bingu-Konferenzentrums und der Universität für Wissenschaft und Technologie hin.



Auf dem China-Afrika-Gipfel in Südafrika im vergangenen Jahr sagte China, sein Engagement in Afrika umfasse „Kooperationen in den Bereichen Industrialisierung, landwirtschaftliche Modernisierung, Infrastruktur, Finanzen, grüne Entwicklung, Handel und Investitions-Erleichterung, Gesundheit und Reduzierung von Armut ebenso wie Frieden und Sicherheit“. Die finanzielle Unterstützung in den nächsten drei Jahren betrage 60 Milliarden Dollar.

Malawi hinkt bei Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung und Bildung noch hinterher – trotz Chinas Versprechungen. Shumba argumentiert, dass es „viele Variablen“ gebe, die Malawis wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen, „so sind wir etwa stark von Landwirtschaft abhängig, aber erheblich beeinträchtigt durch die Auswirkungen des Klimawandels“.

Laut offizieller Statistik betrug im September 2008 – nur neun Monate nachdem Malawi und China ihre diplomatischen Beziehungen begonnen hatten – das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern 59 Millionen Dollar. Die neuesten Zahlen des Handelsministeriums zeigen, dass Chinas Handelsvolumen mit Malawi 500 Millionen Dollar erreicht hat.

2016 importierte Malawi Waren und Dienstleistungen im Wert von 303 Millionen Dollar aus China und exportierte Waren und Dienstleistungen im Wert von 55 Millionen Dollar. Viele Malawier sagen jedoch, dass lokale Händler durch den Import chinesischer Billigprodukte arbeitslos würden. Andere halten dagegen, dass zumindest arme Malawier sich diese Billigprodukte leisten könnten.

China gibt Malawi auch Kredite. 2016 unterzeichneten die beiden Staaten ein Abkommen für Projektfinanzierung in Höhe von 1,79 Milliarden Dollar. Zu den Projekten zählen ein Kraftwerk und der Bau eines neuen internationalen Flughafens. Sie werden durch Kredite der Exim Bank of China finanziert und von der China Gezhouba Group durchgeführt.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist Journalist und lebt in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

59. Jg. 2018

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 01-43 66

Fax (0 69) 75 01-48 55

euz.editor@fazit-communication.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40 %) und die Frankfurter Societät GmbH (60 %).

Artdirector: Sebastian Schöpsdau

Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

WAHLEN

Transparenz: Fehlanzeige

Seit der umstrittenen Präsidentschaftswahl im November eskaliert die Krise in Honduras. Staatschef Juan Orlando Hernández wurde trotz awdsxy Unregelmäßigkeiten und obwohl eine weitere Amtszeit verfassungswidrig wäre, zum Sieger erklärt. Bis zum Aufbruch zum Generalstreik am 19. Januar wurden laut Amnesty International mindestens 31 Menschen bei Protesten getötet.

Von Rita Trautmann

Die Präsidentschaftswahl war schon im Vorfeld umstritten, da Hernández antrat, obwohl die Verfassung eine Wiederwahl verbietet (s. mein Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2017/04, S. 15). Er hatte die Gewaltenteilung ausgehebelt, alle wichtigen Institutionen – wie den Obersten Gerichtshof und die Wahlbehörde – unter seine Kontrolle gebracht und damit eine erneute Kandidatur ermöglicht.

Um Hernández' Wiederwahl zu verhindern, schlossen sich die Partei LIBRE von Ex-Präsident Manuel Zelaya und die links-moderate PINU zur „Oppositionsallianz gegen die Diktatur“ zusammen. Ihr Kandidat war der frühere Sportreporter Salvador Nasralla. Der Wahlkampf wurde mit ungleichen Mitteln geführt: Alle großen Medien sind in der Hand der Oligarchie. So rechneten selbst Regierungskritiker mit einem Sieg Hernán-

dez'. Umso überraschender war das Ergebnis der ersten Hochrechnung: Nasralla lag mit fünf Prozent Vorsprung vorne. Dennoch erklärte sich Hernández noch am gleichen Tag zum Wahlsieger – genau wie Nasralla.

Die Oberste Wahlbehörde war in der Klemme. Dann fiel das Computersystem aus, und offizielle Ergebnisse ließen auf sich warten. Als drei Tage später das System wieder funktionierte, lag Hernández knapp vor Nasralla. In der Bevölkerung machten sich Unmut und Spekulationen breit.

Die Regierungspartei erklärte das neue Ergebnis damit, dass die Stimmen aus dem ländlichen Raum – vor allem aus der Heimat von Hernández – angeblich erst nachträglich ausgezählt werden konnten. Doch dass diese den Wahlausgang derart beeinflussen haben sollen, ist unglaublich: Um den Oppositionskandidaten zu überholen, hätten alle Wahlberechtigten seines Heimatdepartments für Hernández stimmen müssen. Dies war aber nicht der Fall. Gefälschte Wahlunterlagen tauchten auf.

Die Menschen zeigten ihren Unmut über den Wahlbetrug in weitgehend friedlichen Protesten, bei denen es jedoch auch zu Randalen kam. Der Staat antwortete mit Ausnahmezustand und Ausgangssperre, durch Polizei- und Militärgewalt kamen mehr als 30 Menschen ums Leben. Drei Wochen nach dem Urnengang erklärte die

Oberste Wahlbehörde Hernández offiziell zum Sieger.

Die Opposition focht das Ergebnis an. Alle Mächtigen im Land – die Kirche, das Militär und die Unternehmerschaft – stellten sich aber schnell auf die Seite von Hernández.

Die Wahlbeobachtermissionen der Europäischen Union (EU) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wiesen auf erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung hin. Die OAS empfahl Neuwahlen. Hernández wies dies jedoch als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. In Honduras bedarf es ohnehin weit mehr als Neuwahlen – ein demokratischer Neuanfang ist vonnöten. Zudem ist von der OAS nicht viel zu erwarten. Etliche Mitgliedstaaten erkannten Hernández bereits als Wahlsieger an, darunter die USA.

Hernández leistete am 27. Januar seinen zweiten Amtseid – überschattet von massiven Protesten. Oppositionsführer hatten dazu aufgerufen. Sie verhandelten im Hintergrund über eine Allianz im Parlament gegen den Staatschef.

Die Wahlen und die nachfolgenden Ereignisse haben deutlich gezeigt, wie weit Honduras von Unabhängigkeit und Demokratie entfernt ist. Die USA wollen mit Honduras vor allem einen strategisch wichtigen Partner in der Region haben, der ihre Interessen bedingungslos unterstützt. Dass die Regierung Hernández nachweislich in Drogengeschäften involviert ist, ist dabei nebensächlich.

Neu ist, dass die Menschen durch die Ereignisse politisiert worden sind. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre, und diese Generation wird weiterhin für ihre Zukunft auf die Straße gehen.



Juan Orlando Hernández ist der alte und neue Präsident von Honduras.



RITA TRAUTMANN ist Ethnologin. Sie ist ehemalige Fachkraft des Deutschen Entwicklungsdienstes und war im Winter

2017/18 als Wahlbeobachterin für die Honduras-Delegation im Einsatz. Die Honduras-Delegation ist ein Netzwerk von europäischen Menschenrechtsgruppen. trari@protonmail.com
Blog: <http://hondurasdelegation.blogspot.de/search/label/Delegation2016>

DEMOKRATIE

Weg frei für Hun Sen

Vor den anstehenden Parlamentswahlen hat die kambodschanische Regierung die wichtigste Oppositionspartei, die CNRP (Cambodian National Rescue Party), aufgelöst. Sie war zu einer ernsthaften Bedrohung für die regierende Cambodian People's Party (CPP) von Ministerpräsident Hun Sen geworden. Die Auflösung ist ein herber Rückschlag für die Demokratie in Kambodscha.

Von Katja Dombrowski

Die politischen Verhältnisse in Kambodscha sind einfach: Die CPP ist die Regierungspartei, der Ministerpräsident heißt Hun Sen, und die Opposition ist ein ambitioniertes, aber weitgehend hoffnungsloses Unterfangen. So ist es seit Jahrzehnten. Hun Sen ist seit 1985 an der Macht und mittlerweile der amtsälteste Regierungschef der Welt. Und er hat nicht vor, diese Position, die ihm nicht nur Macht, sondern auch enormen Reichtum eingebracht hat, in naher Zukunft aufzugeben.

Kambodscha ist offiziell eine Demokratie und hält regelmäßig Wahlen ab. Ein neues Parlament wird im Juli gewählt. „Unregelmäßigkeiten“ sind dabei an der Tagesordnung, doch diesmal scheint Hun Sen

mehr Angst vor der Opposition gehabt zu haben als sonst. Die CNRP – ein Zusammenschluss der Sam-Rainsy-Partei und der Menschenrechtspartei – war der CPP bereits 2013 gefährlich nahe gekommen. Sie gewann 44,5 Prozent der Stimmen, während die CPP auf 48,8 Prozent kam. Ein ähnliches Ergebnis gab es bei den Kommunalwahlen 2017.

Um auf der sicheren Seite zu sein, löste das Oberste Gericht die CNRP auf. Betreiben der Regierung im November auf. Es warf ihr vor, einen Umsturz vorzubereiten. So verlor die wichtigste Oppositionspartei alle Sitze auf kommunaler und nationaler Ebene; 118 Mitglieder dürfen für die kommenden fünf Jahre nicht wieder politisch aktiv werden. Die Mandate der CNRP im Parlament wurden an andere Parteien verteilt. CNRP-Führer haben Beschwerde beim Obersten Gericht gegen die Entscheidung eingelegt, aber das ist wahrscheinlich nur Teil des Todeskampfes der Partei.

Der Vorsitzende der Gruppe Parlamentarier für Menschenrechte im südostasiatischen Staatenbündnis ASEAN, Charles Santiago, bezeichnete die Auflösung der CNRP als „Todesstoß für Kambodschas Demokratie“. Die EU hält das Gerichtsurteil für willkürlich und die Wahl infolgedessen

für illegitim. Sowohl die EU als auch die USA haben ihre Unterstützung für den Urnengang zurückgezogen. Kambodscha ist darauf jedoch nicht angewiesen – andere Länder füllen gerne die Lücke, allen voran Kambodschas „bester Freund“ und größter ausländischer Geber China.

Es gibt nur wenig Anlass zur Hoffnung, dass in dem kleinen südostasiatischen Land in absehbarer Zeit Gerechtigkeit und Demokratie die Oberhand gewinnen werden. CNRP-Chef Kem Sokha war im September unter dem Vorwurf festgenommen worden, mit den USA zu kollaborieren und die Regierung stürzen zu wollen (s. mein Blogbeitrag vom 6. September). Ihm drohen bis zu 30 Jahre Haft. In der Folge verließen viele CNRP-Führungspersonlichkeiten aus Angst das Land. Nach der Auflösung seiner Partei sagte Kem Sokha über seinen Anwalt, dass er sich nicht um seine Freilassung bemühen werde, da er „kein Vertrauen“ in das Justizwesen des Landes habe. In einer Neujahrsmitteilung rief er zu freien und fairen Wahlen auf, zu nationaler Geschlossenheit und einer gewaltfreien Lösung der politischen Krise.

Das autoritäre Regime geht auch gegen andere kritische Stimmen vor. Medien wurden geschlossen, darunter die englischsprachige Tageszeitung Cambodia Daily. NGOs wurden eingeschüchtert und bedroht, unter anderem das CCHR (Cambodian Center for Human Rights), das Kem Sokha 2002 gegründet hatte, um „Demokratie und Menschenrechte in Kambodscha zu fördern und zu schützen“.

Der Weg ist lang und steinig. Selbst das Gefängnis ist keine neue Erfahrung für Kem Sokha: Er war bereits im Dezember 2005 vor den Senatswahlen inhaftiert worden. Nach nationalen und internationalen Protesten und vor dem Hintergrund des Besuchs eines hochrangigen US-Diplomaten kam er im Januar 2006 wieder frei.

Heute sitzt Hun Sen noch fester im Sattel. Er macht keinen Hehl aus seiner Absicht, Kambodscha noch viele Jahre zu regieren. Schließlich ist er erst 65. Das würde 28 weitere Jahre bedeuten, wenn er dem Vorbild von Simbabwe Ex-Präsident Robert Mugabe folgt, der im November 2017 im Alter von 93 zur Machtübergabe gezwungen worden war (s. Kommentar von Henning Melber in E+Z/D+C e-Paper 2017/12, S. 12). Bis auf Weiteres ist der Weg für Hun Sen jedenfalls frei.



Kem Sokha nach seiner Freilassung im Januar 2006. Dieses Mal drohen ihm bis zu 30 Jahre Haft.

SCHLECHTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Der Sinn demokratischer Verfahren

Im Dezember haben die Republikaner im US-Kongress der Welt gezeigt, wie Steuerpolitik nicht gemacht werden sollte. Selbst Financial Times und Economist, die nicht von linken Aktivisten redigiert werden, sprachen sich gegen die Reform aus.

Von Hans Dembowski

Wie Präsident Donald Trump selbst, erinnert die Steuerreform an schlechte Regierungsführung in viel ärmeren Ländern. Sie läuft auf dramatisch höhere Staatsverschuldung und wachsende soziale Ungleichheit hinaus. Einzelaspekte wurden nicht gründlich geprüft, und Ausschüsse und andere Standardverfahren der Beteiligung wurden umgangen. Manche Steuern werden nun temporär sinken, andere auf Dauer, aber diverse Steuerbefreiungen werden verschwinden. Wegen der Geheimniskrämerei konnte aber niemand ein klares Verständnis der möglichen Auswirkungen gewinnen.

Derweil machten die Republikaner absurde Beteuerungen. Die Steuersenkung wird sich aber nicht dadurch selbst finanzieren, dass sie deutlich höheres Wachstum und entsprechend neue Staatseinnahmen auslöst. Dieses Versprechen ging schon nicht auf, als es die Reagan-Regierung in den achtziger Jahren abgab – und auch 20 Jahre später nicht, als es die Bush-Regierung tat.

Als Barack Obama Präsident war, wetteten Republikaner vehement gegen Staatsschulden. Nun finden sie es plötzlich gut, ein zusätzliches Defizit von bis zu 1500 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren zu schaffen. Bei Obamas Amtsantritt lehnten sie trotz schwacher Konjunktur Finanzstimuli ab, aber heute, wo fast Vollbeschäftigung herrscht, wollen sie die Wirtschaft mit Steuersenkungen zusätzlich beflügeln. Jedoch spricht wenig dafür, dass höhere Profite infolge von Steuersenkungen zur beschäftigungssteigernden Ausweitung von Produktionskapazitäten genutzt würden. Die Unternehmensgewinne sind schon

recht hoch und fließen vor allem in Finanzanlagen. Andererseits brauchen die USA Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – Steuersenkungen reduzieren aber die Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Doppelzüngigkeit war augenfällig. Im Wahlkampf schimpfte Trump, die kontinuierlich besser werdenden Arbeitsmarktdaten seien manipuliert und starke Börsenindizes wiesen auf eine Blase hin. Die Trends sind unverändert, aber jetzt geben Trump und Co. sie als das Ergebnis ihrer Ar-

beiten, müssen Gesetzgeber gründlich arbeiten. Ein Mittel der Fehlervermeidung ist, Opposition, Interessengruppen und Öffentlichkeit Gesetzentwürfe prüfen zu lassen. Demokratische Verfahren haben einen Zweck, und sie zu umgehen zeugt von arroganter Hybris.

Dem Economist missfiel zudem „der Geruch der Selbstbereicherung“. Trump hat bekanntlich seine Steuerdaten nicht wie üblich veröffentlicht, so dass nicht exakt zu prüfen ist, was die Reform für seine Finanzen bedeutet. Er behauptet, sie schade ihm, aber das kann kaum stimmen. Ihm gehören Firmen, die entlastet werden – und für seine Kinder wird die Senkung der Erbschaftsteuer ausgesprochen wichtig sein, wenn ihnen eines Tages sein Milliardenvermögen übertragen wird.

Die Reform entspricht auch nicht Trumps Wahlkampfversprechen. Sie entlastet nicht vor allem die Mittelschicht und



Mehr Geld für Barron, Eric, Tiffany und Ivanka Trump.

beit aus. Sie definieren gern Maßstäbe um, haben aber – von Steuern abgesehen – keine nennenswerte Gesetzgebung zustande gebracht.

Fachjournalisten haben auf diese und viele andere Schwachpunkte hingewiesen. Dass die Wirtschaftsblätter Financial Times und Economist die Vorschläge ablehnten, zeigte, dass etwas grundsätzlich falsch lief.

Unter anderem kritisierte der Economist, die Republikaner umgingen in großer Hetze parlamentarische Verfahren, obwohl gute Politik robuste und faktenbasierte Debatten brauche. Das Steuerrecht ist naturgemäß komplex. Um ungewollte Nebenwirkungen wie etwa Schlupflöcher zu

schon gar nicht Globalisierungsverlierer. Im Gegenteil zeichnet sich ab, dass die Republikaner nun Einsparungen bei der sozialen Sicherung ins Auge fassen, um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen.

Diese Art von Gesetzgebung würde man von einem arroganten Autokraten in einem armen Entwicklungsland erwarten. Die Elite wird bessergestellt, und der Präsident und seine Familie profitieren persönlich. Es wurde aber nicht geprüft, welche Mittel der Staat braucht, um für das Gemeinwohl zu sorgen. Schon Mitte Dezember sagte der republikanische Senator Orrin Hatch, Geld für die Krankenversorgung armer Kinder sei leider nicht mehr da.

Leserbriefe



INNOVATIVE POLITIK

Betr.: Reinhard Woytek, Leserbrief: „Investitionen sind der Schlüssel zu guter Arbeit“, E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S. 11

Marktöffnung hat in Indien in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich zu mehr Investitionen geführt, aber das allein reicht nicht, um die Plage der Armut zurückzudrängen. Innovative Sozialpolitik ist nötig, was Reinhard Woytek ausblendet, wenn er warnt, Solidarität laufe auf die Subventionierung ineffizienter Staatsbetriebe hinaus. In Indien hat der Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act, der Arbeitslosen Anspruch auf 100 Tage Beschäftigung zum gesetzlichen Mindestlohn gibt, in einigen besonders rückständigen Agrarregionen einiges bewirkt. In Lateinamerika waren konditionierte Transfers nützlich.

Ich finde zudem, im Zeitalter der Globalisierung sollten alle internationalen Dimensionen bedacht werden. Bekanntlich werben reiche Nationen Gesundheitspersonal aus Entwicklungsländern ab. Sollten sie nicht im Sinne in-

ternationaler Solidarität auch dafür sorgen, dass die Löcher gestopft werden, die sie so aufreißen? Eine Möglichkeit wäre, den Entwicklungsländern die Nutzung von Generika zu gewähren, statt auf Patentschutz großer Pharmakonzerne zu bestehen, wodurch der Medikamentenpreis zehnfach über den Produktionspreis steigt und für Bürger in Entwicklungsländern unerschwinglich wird.

Dr. A. K. Ghosh, Kalkutta

MASSIVE NEGATIVE AUSWIRKUNGEN

Betr.: Ndongo Samba Sylla: „Weshalb das westliche Modell scheitert“, E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 24, und Reinhard Woytek, Leserbrief: „Investitionen sind der Schlüssel zu guter Arbeit“, E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S. 11

Mit großem Interesse habe ich den Schwerpunkt formelle und informelle Beschäftigung gelesen und finde die Beiträge insgesamt lesenswert, informativ und anregend. Besonders haben mir die Ausführungen von Ndongo Samba Sylla gefallen, dem es gelingt auf knapp zwei Seiten die wirtschaftliche Situation treffend zu beschreiben, auf die wichtigsten Probleme des Arbeitsmarkts hinzuweisen und Vorschläge für ein alternatives Entwicklungsparadigma zu machen. Umso mehr hat mich der Leserbrief schockiert.

Ich muss leider immer wieder feststellen, dass sich sogenannte Experten Urteile anmaßen, die auf wenig oder keiner Sachkenntnis beruhen.

Ich will hier nicht auf einzelne Behauptungen des Leserbriefschreibers eingehen, sondern beschränke mich auf seine positive Meinung über die Folgen der Strukturanpassungsprogramme in den 80er und 90er Jahren, welche die massiven negativen Auswirkungen total ausblendet. Um nur eine Stimme aus Afrika dazu zu zitieren: Moussa Tschangari, ein Menschenrechtler aus Niger, sagt im letzten Rundbrief von medico international zu diesem Thema: „Die größte Herausforderung vor Ort liegt darin, eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, den Abstieg aufzuhalten. Das geht aber nur, wenn man versteht, wie Niger in diese Lage geraten ist. ... In erster Linie ist es die Folge einer jahrelang verfolgten Strukturpolitik, die die öffentlichen Dienstleistungen zerstört hat, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, bei der Lebensmittelversorgung, letztendlich in allen grundlegenden Bereichen.“

Und zu der Behauptung, dass ausländische Investoren Arbeitsplätze schaffen würden, wenn man nur den „freien Markt“ walten ließe: „Das ist ein Bluff (...) Vor allem darf man die Reformen nicht vergessen, die mit den Strukturanpassungsprogrammen in den 1980er Jahren verbunden waren. Es gab Reformen des Arbeitsgesetzes, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, der Minengesetze, der Ölgesetze, der Investitionsgesetze und vieles mehr. Sie alle haben letztlich die vorteilhaftesten Bedingungen für die Unternehmen geschaffen. Über Jahrzehnte wurde das Land geöffnet und vollständig liberalisiert. Man hat den Investoren Tür und Tor geöffnet und al-

les für sie getan. Aber sie sind trotzdem nicht gekommen.“ So könnte man jede einzelne Behauptung des Leserbriefschreibers widerlegen, aber ich will es dabei belassen.

Eva-Maria Bruchhaus, Köln

ORIENTALISCHER SKLAVENHANDEL

Betr.: Kehinde Andrews: „Wir reden über wirklich große Summen“, E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S. 30, und Hans Dembowsky: „Düstere Ära“, E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 6

Es fällt auf, dass in allen Debatten zu Reparationsforderungen immer vom westlichen Sklavenhandel die Rede ist. Der sogenannte orientalische Sklavenhandel, unter anderem für die Soldatenrekrutierung indischer Sultanate und für den Arbeitskräftebedarf in den arabischen Ländern, findet fast nie Erwähnung, obwohl Schätzungen davon ausgehen, dass seit dem 8. Jahrhundert eine größere Anzahl von Afrikanern gefangen und als Sklaven in den Osten transportiert wurden. (Eine Quelle zum Beispiel: Roland Oliver und Gervase Mathew, Hg.: History of East Africa, Oxford 1963.)

Was in der Rezension von Shashi Tharoor's Buch über den britischen Imperialismus in Indien zu lesen ist, kommt mir zudem recht bekannt vor. Ich bin erstaunt, dass Karl Marx überhaupt nicht erwähnt wird, der schon 1853 alles das beschrieben hat, was in diesem Artikel dargestellt wird („Die britische Herrschaft in Indien“, New York Daily Tribune, Nr. 3804 vom 5. Juni, auf Deutsch in: Ausgewählte Schriften, Band I, Berlin 1979).

Klaus von Freyhold, Bremen

STAATSKRISE

Venezuela am Abgrund

Im vergangenen Jahr hat sich die Krise in Venezuela in allen Bereichen verschärft. Hyperinflation, zunehmende Entwicklung zur Diktatur mit militärischem Einschlag und eine humanitäre Notlage bestimmen das Leben der Menschen – und ziehen Folgen auf internationaler Ebene nach sich.

Von Francine Jácóme

Venezuela kann seine internationalen Zahlungsverpflichtungen teilweise nicht mehr erfüllen, seit das Land im Oktober in eine Hyperinflation eintrat. Politisch geht es immer weiter Richtung Diktatur, wobei auch das Militär eine große Rolle spielt. Und die Bevölkerung befindet sich in einer humanitären Notlage aufgrund von Lebensmitteln- und Medikamentenknappheit und einer schweren Krise des Gesundheitssystems (s. auch meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2017/07, S. 10).

Die Situation hat auch internationale Folgen. Zum einen hat die Zahl der Migranten stark zugenommen, was sich vor allem auf die Grenzregionen zwischen Venezuela und Kolumbien sowie Brasilien auswirkt, aber auch auf andere Länder in der Region. Zum anderen übt die internationale Gemeinschaft verstärkter Druck auf die Regierung von Nicolás Maduro aus, die sie als Diktatur wahrnimmt, die offene Menschenrechte verletzt. Der Druck hat dazu geführt, dass nun Teile der Opposition mit der Regierung verhandeln, wobei der Ausgang dieses Prozesses vollkommen unklar ist.

Während die Inflation 2017 schon mehr als 2600 Prozent betrug, liegen die Voraussagen für 2018 – wenn keine wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen ergriffen werden – zwischen 5000 und 10000 Prozent. Die Ölproduktion ist aufgrund mangelnder Instandhaltung der Anlagen und ausbleibender Neuinvestitionen zurückgegangen. Die Folge ist ein Quasi-Zusammenbruch des gesamten Sektors. So sind auch die Mittel, die die Regierung zur Verfügung hat, immer weiter zusammengeschnitten, denn das Land hängt zu rund 95 Prozent vom Öl ab.

Seit November können die Regierung und die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA ihre Auslandsschulden nicht mehr oder nicht fristgemäß bedienen. Wichtige internationale Finanzinstitute bewerteten die Situation in Venezuela als begrenzten Zahlungsausfall und gehen davon aus, dass es in diesem Jahr noch schlimmer wird.

Von den USA und Kanada verhängte Sanktionen gegen Amtsträger und bestimmte Transaktionen dienten der Regierung als perfekte Entschuldigung. Sie ordnete die Maßnahmen unter dem Stichwort „Wirtschaftskrieg“ ein und stilisierte sich damit als Opfer. Im Januar kamen erste EU-Sanktionen hinzu. Gegen sieben Minister und Beamte wurden Einreiseverbote und Vermögenssperren verhängt.

Die Wirtschaftskrise hat enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen im gesamten Land. Der Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten hat zu einer gravierenden Verschlechterung der Lebensqualität geführt. Dazu kam die Inflation. Die Umfrage Encovi (Encuesta sobre Condiciones de Vida en Venezuela), durchgeführt von den wichtigsten unabhängigen Universitäten Venezuelas, ergab, dass 2016 82 Prozent aller Haushalte arm waren, 52 Prozent von ihnen sogar extrem arm. Die Mangelernährung der Menschen bildete sich darin

ab, dass 72 Prozent der Befragten von unerwünschtem Gewichtsverlust berichteten und 30 Prozent angaben, höchstens zweimal am Tag etwas zu essen.

Zudem hat die Ungleichheit in der Gesellschaft stark zugenommen. In dem Maß, in dem die Krise sich zuspitzte, legten 2017 auch alle entsprechenden Indikatoren zu. Armut und Mangelernährung, besonders bei Kindern, sowie Todesfälle durch Verhungern und fehlende Medikamente sind auf dem Vormarsch.

Der politische Niedergang in der zweiten Jahreshälfte 2017 wurde vor allem in den Vorwürfen der Wahlfälschung in Bezug auf alle drei Wahlen des Jahres deutlich. Sie zogen die demokratische Legitimität der Herrschenden stark in Zweifel. Den Anfang machte die Aufstellung der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung. Die Opposition war daran nicht beteiligt und kritisierte sie daher als verfassungswidrig.

Nach Angaben der obersten Wahlbehörde nahmen mehr als 8 Millionen Wähler an der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung teil; die Opposition ging von weitaus kleineren Zahlen aus. Nicht einmal Ex-Präsident Hugo Chávez hat in seinen besten Zeiten eine derart hohe Wahlbeteiligung erreicht. Das Unternehmen Smartmatic, das seit 2004 die Abstimmungsgeräte und die dafür nötige Software liefert, bestätigte Manipulationen der Ergebnisse.

Bei den Gouverneurswahlen am 15. Oktober trat die Mehrheit der Oppositionsparteien an. Sie beklagten jedoch eine Reihe von Unregelmäßigkeiten, die zum größten Teil auch dokumentiert waren. Diese führten zu überraschenden Ergebnissen: 18 Gouverneursposten gingen an die Regierung und nur fünf an die Opposition.

Aufgrund von Vorwürfen der Wahlfälschung, die auch einen Missbrauch der Carnet de la Patria – neuer, von der Regierung ausgestellter Ausweise – durch die Regierungspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) betraf, beschloss das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática (MUD), nicht an den Bürgermeisterwahlen im Dezember teilzunehmen. So gewann die Regierungspartei die Macht in einer überragenden Mehrheit der Gemeinden.

Die Vormachtstellung der Regierungspartei und die Wahlfälschungen führten zu zunehmender Politikverdrossenheit im Lager der Opposition. Einige Oppositionsführer, die sich im September zu der Allianz

Neuester Stand

Ende Januar beschloss Venezuelas Verfassungsgebende Versammlung, die für Ende dieses Jahres vorgesehenen Präsidentschaftswahlen auf den 30. April vorzuziehen. Der Oberste Gerichtshof schloss das Oppositionsbündnis MUD von der Wahl aus. Damit dürfte der Verhandlungsprozess zwischen Regierung und Opposition obsolet geworden sein.



Kinder in einer von der Opposition finanzierten Suppenküche in Caracas, wo es kostenfreie Mahlzeiten gibt.

„Soy Venezuela“ zusammengeschlossen haben, beförderten diese offen. Zum anderen scheint die Regierung die Strategie zu verfolgen, das Vertrauen ins Wahlsystem zu schwächen und die Opposition zu spalten.

Ein weiterer wichtiger politischer Faktor ist das Gebaren der Verfassungsgebenden Versammlung. Sie hat sich für generalbevollmächtigt erklärt und wichtige Machtpositionen übernommen. Zudem ist sie zu einem Organ politischer Verfolgung geworden, angefangen bei der unrechtmäßigen Absetzung der Generalstaatsanwältin, die durch einen regierungsnahen Funktionär ersetzt wurde.

Ihr größtes Verdienst bestand bis Ende 2017 darin, dass sie Führungspersonen der staatlichen Erdölgesellschaft der Korruption beschuldigt hat. Die aktuelle Regierung gilt als die korrupteste, die Venezuela jemals hatte. Es könnte jedoch sein, dass die aktuellen Vorwürfe eher auf interne Konflikte innerhalb der Regierungspartei zurückzuführen sind als auf wirklichen Willen zur Aufklärung.

Obwohl die Verfassungsgebende Versammlung offiziell keine gesetzgebende Macht hat, erließ sie das „Verfassungsgesetz gegen den Hass, für das friedliche Zusammenleben und die Toleranz“. Es öffnet der Verfolgung Andersdenkender Tür und Tor.

Ein weiterer Faktor ist die wachsende Rolle, die das Militär in den wichtigsten Regierungsbereichen spielt. Mehr als 30 Prozent des Kabinetts besteht aus aktiven Militärangehörigen oder solchen im Ruhestand. Es steht die Frage im Raum, ob man in Venezuela von einer neuen Art der Militärherrschaft sprechen kann.

Jüngstes Beispiel ist die Berufung eines Generals der Guardia Nacional Bolivariana – eines Teils der Streitkräfte – zum Energieminister und gleichzeitig zum Chef von PDVSA. Er verfügt über keinerlei Kenntnisse oder Erfahrungen im Ölgeschäft und ist kaum geeignet, diese Industrie aus ihrer schweren Krise zu führen. Aber im Machtkampf innerhalb der Regierungselite kann er den Militärs die Tür zur wichtigsten Branche des Landes öffnen.

Der Druck der internationalen Gemeinschaft hat einen Verhandlungsprozess in Gang gesetzt, den die Regierung „Dialog“ nennt. Er wird vom ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Rodríguez Zapatero und dem Präsidenten der Dominikanischen Republik, Danilo Medina, moderiert. Weitere Teilnehmer sind, auf Wunsch der Opposition, die Außenminister Chiles und Mexikos sowie Vertreter Boliviens, Nicaraguas und von St. Vincent und den Grenadinen. Auf der

Agenda stehen unbestätigten Angaben zufolge unter anderem die Themen politische Rechte und Gefangene, wirtschaftliche und soziale Situation und Verfassungsgebende Versammlung und Wahrheitskommission.

Bis Mitte Januar gab es mehrere Treffen, ohne dass die Verhandlungspartner eine Einigung erreicht hätten. Es bestehen große Zweifel daran, dass sich die Parteien auf wirtschaftliche und politische Reformen einigen können, die zur Neuordnung der Verwaltungsorgane und Wiederherstellung der Demokratie des Landes führen – vor allem angesichts der humanitären Notlage.

Fundamental ist die Frage, ob der Hauptgrund der derzeitigen Situation in einer gespaltenen Gesellschaft liegt (zwischen Regierungs- und Oppositionslager) oder in einer kleinen Elite, die ihre institutionelle und militärische Macht dazu nutzt, die Fäden in der Hand zu behalten – ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit des Volkes einen Wandel wünscht.



fjacome@invesp.org

FRANCINE JÁCOME
ist Geschäftsführerin und
Forscherin am Venezuelan
Institute for Social and
Political Studies (INVESP).

INTERNATIONALES RECHT

Keine Straffreiheit für Verbrecher

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) wird bei Verbrechen in seinen Mitgliedsstaaten aktiv. Nun ermittelt er wegen Gewalt im Umfeld von Wahlen in Burundi, obwohl das Land nach Beginn der Krise schnell seine Mitgliedschaft kündigte, als die Regierungsmitglieder begriffen, dass sie strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Von Darleen Seda

Am 9. November 2017 ermächtigte eine Vorverfahrenskammer des IStGH die Chefanklägerin Fatou Bensouda offiziell, Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in Burundi einzuleiten – eine Reaktion auf die nach einer Verfassungskrise anhaltende Gewalt in dem kleinen zentralafrikanischen Land. Die Entscheidung hat den IStGH in eine nie dagewesene Lage gebracht.

Burundi liegt südlich von Ruanda und hat etwa zehn Millionen Einwohner. Seit

April 2015 erlebt das Land schwere Gewalt, ausgelöst durch die Ankündigung des Präsidenten Pierre Nkurunziza, für eine dritte Amtszeit zu kandidieren, obwohl das verfassungsrechtlich nicht möglich ist. In ganz Burundi kam es zu Demonstrationen, die die Regierung brutal niederschlug. Menschenrechtsgruppen zufolge töteten Regierungstruppen mehr als 1000 Menschen und vertrieben mehr als 400 000. Massen von Burundianern flohen in die Nachbarländer.

Anschuldigungen wegen Mord, Folter, Vergewaltigung, Verschwindenlassen und Verfolgung erregten die Aufmerksamkeit des IStGH. Demnach haben Staatsangestellte und andere Gruppen die Verbrechen auf staatliche Anweisung hin begangen. Neben der burundischen Nationalpolizei, Einheiten der burundischen Armee und dem nationalen Geheimdienst waren auch Mitglieder des Jugendflügels „Imbonerakure“ der Regierungspartei an den Verbrechen beteiligt.

IStGH-Chefanklägerin Fatou Bensouda gab am 8. Mai 2015 eine erste Erklärung ab und begann daraufhin sogenannte Vorermittlungen. Um Verdächtige formell ermitteln und anklagen zu können, benötigt ein Ankläger die Zustimmung des IStGH; diese hat der Gerichtshof nun erteilt.

Nkurunziza, der nach umstrittenen Wahlen an der Macht blieb, wollte eine IStGH-Anklage vermeiden. Also erklärte Burundi am 26. Oktober 2016 seinen Rücktritt vom Römischen Statut – der Rechtsgrundlage des IStGH –, der ein Jahr später wirksam wurde. Die Frage ist daher, ob der IStGH berechtigt ist, wegen in Burundi begangener Verbrechen zu ermitteln und die Täter strafrechtlich zu verfolgen.

Der Gerichtshof ist für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord – sowie seit kurzem für Aggression – zuständig, dem Territorialitätsprinzip nach aber auf das Hoheitsgebiet seiner Mitgliedsstaaten beschränkt. Nach Ansicht der Regierung Burundis ist der IStGH nicht mehr befugt zu ermitteln und sie verweigert folglich die Zusammenarbeit.

Der IStGH mit Sitz in Den Haag hingegen beansprucht, für alle Verbrechen zuständig zu sein, die mutmaßlich begangen



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



wurden, während Burundi Mitglied des Römischen Statuts war. Aus Sicht des Gerichts bleibt ein Staat, der diese Zuständigkeit einmal akzeptiert hat, an sie gebunden. Sie gilt von der Ratifizierung des Statuts bis mindestens ein Jahr nach Bekanntmachung des Widerrufs. Das Rechtssystem gilt also auch dann, wenn ein Staat austritt.

Somit behält der IstGH die Befugnis, Verbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, die bis inklusive 26. Oktober 2017 begangen wurden, solange Burundi offiziell noch Mitglied war. Der Gerichtshof betont darüber hinaus, dass Burundi weiterhin verpflichtet ist, seinen Anweisungen nachzukommen und uneingeschränkt zu kooperieren.

Die Entscheidung des IstGH ist sehr zu begrüßen. Angesichts der katastrophalen politischen und humanitären Lage in Burundi darf sich die internationale Gemeinschaft nicht zurücknehmen und zusehen, wie das Leiden weitergeht. Die Opfer verdienen eine Institution, die unabhängig von politischen Implikationen oder nationalen Interessen die Ideale internationaler Gerechtigkeit hochhält. Schließlich wurde der IstGH mit dem ausdrücklichen Mandat gegründet, gegen Straflosigkeit vorzugehen.

Allerdings wird die Untersuchung allein wahrscheinlich nicht viel bringen. Vermutlich hebt der Gerichtshof deshalb Burundis Verpflichtung zur Zusammenarbeit so hervor. Für Anklägerin Bensouda und ihr Team wird es sehr schwer, ohne Hilfe der



burundischen Regierung Beweise zu sammeln.

Der IstGH hat im Falle Kenias erfahren, wie schwierig es ist, wenn ein Land nicht kooperiert. Nach Gewaltakten im Zuge der Wahlen von 2007/08 wurden der derzeitige Präsident Uhuru Kenyatta und sein Stellvertreter William Ruto wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem IstGH angeklagt. Im Wahlkampf versprochen beide, mit dem Gericht zu kooperieren – nach Amtsantritt agitierten sie jedoch gegen den IstGH. Zeugen wurden eingeschüchtert und zogen ihre Aussagen zurück. Der Ankläger konnte keine verlässlichen Beweise mehr sammeln, beide Verfahren wurden eingestellt.

Burundis Nachbarn unterstützen den IstGH nicht. Der ugandische Präsident Yoweri Museveni und sein tansanischer Amtskollege, Präsident John Magufuli, verurteilen die Entscheidung des IstGH, gegen

Burundi zu ermitteln. Damit untergrabe der IstGH ihrer Ansicht nach regionale Friedensbemühungen. Musevenis Haltung dazu ist besonders relevant, da er Vorsitzender der East African Community (EAC) ist, einer regionalen Gemeinschaft, die aus den sechs Mitgliedsländern Uganda, Tansania, Kenia, Südsudan, Ruanda und Burundi besteht.

Zuvor hatte die Afrikanische Union (AU) ihre Mitglieder unverbindlich aufgefordert, kollektiv aus dem IstGH auszutreten, da er unfair gegen afrikanische politische Eliten vorgehe. Dieser Aufruf vererbte bald, könnte aber durch die Entscheidung, in Burundi zu ermitteln, wieder laut werden. Einige afrikanische Führer haben persönliche Gründe, das Gericht zu fürchten – die meisten Afrikaner hingegen schätzen es und wünschen, dass die Straflosigkeit endlich endet.

Der IstGH hat insofern die richtige Entscheidung getroffen. Es wäre das falsche Signal, wenn Staaten und ihre Führer sich durch Rücktritt aus dem Statut ihrer Verantwortung für vergangene Verbrechen entziehen könnten.



DARLEEN SEDA
eine kenianische
Rechtsanwältin mit den
Spezialgebieten
Menschenrechte und

internationales Strafrecht.
darleen.seda@gmail.com

**Burundische
Flüchtlinge in
Ruanda im Jahr
2015.**



SDGS

Chinas Bemühungen

Nach der Wahl von Donald Trump als Präsident der USA hat China mehrfach seine Unterstützung für globale Vereinbarungen zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz bekräftigt. Maßnahmen zum grünen Wandel werden in verschiedenen Bereichen populär im Land. Welche heimischen und globalen Faktoren erklären Chinas Engagement für nachhaltige Entwicklung?

Von Berthold Kuhn

China hat maßgeblich zum Prozess der Agenda 2030 und der Einigung auf die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) beigetragen. Es hat sein Image als „Hardliner in internationalen Verhandlungen“ überwunden, das China bei den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen attestiert worden war, wo es standhaft auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten bestand. Dieses Prinzip der „Common but Differentiated Responsibilities“ bedeutet, dass die entwickelten Länder die Führung im Bezug auf Emissionsreduktion übernehmen sollen und Entwicklungsländern finanzielle und technische Hilfe gewähren sollen, um auf den Klimawandel reagieren zu können. Der G20-Gipfel in

Hangzhou 2016 war ein Anlass, zu dem China seine Führungsrolle in Bezug auf nachhaltige Entwicklung eindrucksvoll demonstrieren konnte.

HEIMISCHE FAKTOREN

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat einige Bezugspunkte zu den in der Volksrepublik häufig genutzten Begriffen „Ökologische Zivilisation“ (Ecological Civilisation), „Grüne Entwicklung“ und „Ökologischer Marxismus“. Das Konzept der Ecological Civilisation wurde 2012 auf dem 18. Nationalkongress in die Charta der Kommunistischen Partei Chinas aufgenommen. Es dient als Rahmen, um Visionen eines modernen ökologischen Sozialismus zu entwickeln, und betont auch die spezifischen chinesischen Vorstellungen von grüner Entwicklung. Der Begriff Grüne Entwicklung wurde im 13. Fünf-Jahres-Plan (2016 bis 2020) als Top-Priorität hervorgehoben. Er wurde als eines von fünf Themen ausgewählt, um Prioritäten, Reformen und Ziele im Bereich Umwelt- und Klimapolitik zu definieren.

Chinas ökologische Krise und wachsende soziale Ungleichheit haben dazu geführt, dass die Notwendigkeit für eine wirtschafts-

politische Neuausrichtung hin zu mehr nachhaltiger Produktion und Verbrauch erkannt wurde. Extreme Luftverschmutzung und ein zunehmendes Wissen über Ressourcenverbrauch hat neue Wachstumsvisionen in China gefördert, die sich mehr auf nachhaltige Entwicklung konzentrieren. Bürger wurden durch gesundheitliche Schäden, die durch Luftverschmutzung verursacht wurden, sensibilisiert. Journalisten haben Umweltverschmutzungen aufgedeckt und Enthüllungsgeschichten über „Krebsdörfer“ veröffentlicht. Umweltthemen haben Schlagzeilen gemacht, besonders nachdem im Januar 2013 die Luftverschmutzung in Peking Rekordwerte erreicht hatte. Medien mit internationaler Reichweite und globale Indizes, wie der Environmental Performance Index der Universität Yale, haben sich mit Chinas Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung und dem Verbrauch der natürlichen Ressourcen beschäftigt.

Die immer größer werdende soziale Kluft treibt laut Experten Chinas Engagement für die SDGs ebenfalls voran. Die Provinzen des Landes weisen deutliche Unterschiede in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung und Umfang von Sozialdienstleistungen auf. Besonders zwischen der Land- und Stadtbevölkerung gibt es große Einkommensunterschiede sowie auch innerhalb der ländlichen oder städtischen Bevölkerung oder zwischen verschiedenen Regionen. Die Einkommenslücke schloss sich zwar seit dem Jahr 2000, aber dieser Trend stoppte kürzlich wieder.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist ein wichtiges Element nachhaltiger Entwicklung in China. Das Land steht vor großen Herausforderungen in Bezug auf das Altern seiner Bevölkerung. Die Bevölkerung Chinas altert fast mehr als in jedem anderen Land. Chinas Anteil an Rentnern könnte bis 2050 bis zu 44 Prozent betragen.

Auch die Migration bleibt eine große soziale Herausforderung. China hat gerade eine Reihe von Versicherungen und sozialen Sicherungssystemen eingeführt, die auch die Hauptpfeiler des Rentensystems sind. Zudem hat es ein medizinisches Versorgungssystem und soziale Hilfe für ältere und arme Leute eingeführt. Große Teile der Wanderarbeiter können aber soziale Dienstleistungen an ihren Arbeitsplätzen in der Nähe der Städte nicht in Anspruch nehmen.

Ein weiterer Ansporn für nachhaltige Entwicklung sind Chinas Ansprüche im Be-



Junge Männer auf einem Rad in der emissionsarmen Stadt Xiamen im Südwesten Chinas. Das Land erlebt gerade einen Boom an Fahrrad- und Outdoor-Aktivitäten.

reich Innovation und Technologie. China will nicht als Land mittleren Einkommens stagnieren und will von einer Wirtschaft wegkommen, die auf stark verschmutzender Industrie basiert. Das Land will hin zu einer mehr technologie- und serviceorientierten Wirtschaft. Grünes Wachstum durch technische Innovationen ist das Leitthema des 13. Fünf-Jahres-Plans. Nachhaltige Entwicklung wird als Trend gesehen, der Innovationen im Bereich erneuerbare Energien, radikale Ressourcenproduktivität, grüne Chemie, industrielle Ökologie, grüne Nanotechnologie und anderes fördert.

Chinas Strategie proaktiver Urbanisation und die Förderung von Smart Citys ist in die Regierungspolitik eingebunden, wird aber auch vom Privatsektor getragen. Das Smart-City-Konzept basiert auf technologischer Innovation, besonders in den Bereichen Verkehrsanbindung und Datenkommunikation. Smart Citys sind in China Hauptelemente digitaler Modernisierungsstrategien. Die Ministerien für Wissenschaft und Technologie, für Industrie und Informationstechnologie sowie für Wohnungsbau und Stadt-Land-Entwicklung haben alle Smart-City-Programme.

GLOBALE FAKTOREN

Chinas Engagement für eine internationale Umweltpolitik begann 1972, als es erstmals an einem UN-Gipfel teilnahm. Nachdem das Land seinen ständigen Sitz im UN-

Sicherheitsrat wiedererlangt hatte, bot die Stockholmer Konferenz zu menschlicher Umwelt eine gute Möglichkeit für die Volksrepublik, ihre Forderung nach einer Führungsrolle innerhalb der Vereinten Nationen zu untermauern.

Chinas Erfolg beim Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und sein gutes Abschneiden in so vielen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, speziell der Armutsbekämpfung, ist einer der Faktoren, die Chinas Engagement für die nachfolgende Agenda 2030 und die SDGs begünstigt haben. Der prozessorientierte Ansatz der UN zur Erreichung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsagenda und die Ausarbeitung der 169 Ziele und 232 Indikatoren passt gut zu Chinas eigenem Politikansatz. Dieser basiert auf dem ebenfalls ziel- und indikatororientierten Fünf-Jahres-Plänen auf Zentral- und Provinzebene. Der Ansatz des SDG-Rahmenwerks verschafft China genügend Zeit und Austauschmöglichkeiten, um internationale Initiativen und Verpflichtungen in nationale Politik zu integrieren.

Chinas Süd-Süd-Kooperation ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt für die Förderung der SDGs und der Unterstützung von Maßnahmen zum Klimaschutz. China hat traditionell eine führende Rolle in der Süd-Süd-Kooperation gespielt, hauptsächlich innerhalb der Gruppe 77, der größten zwischenstaatlichen Organisation von Entwicklungsländern in der UN. Kürzlich hat China als BRICS-Mitglied (Brasilien, Russ-

land, Indien, China und Südafrika) einige multilaterale Initiativen angestoßen, vor allem die Gründung zweier multilateraler Entwicklungsbanken: BRICS Bank und Asian Infrastructure Investment Bank. China hat auch seine Zusammenarbeit mit Afrika durch die Gründung und Unterstützung des Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) ausgeweitet. Außerdem hat es die Perspektiven und Interessen von Entwicklungsländern in verschiedene globale Vereinbarungen eingebracht.

Die herausragendste außenpolitische Initiative Chinas ist derzeit die neue Seidenstraßeninitiative (Belt and Road-Initiative, siehe dazu auch D+C/E+Z e-Paper 2018/01, S. 6). Die von Präsident Xi Jinping angestoßene Strategie konzentriert sich auf Chinas Anschlussfähigkeit und Kooperation mit eurasischen Ländern zu Lande und zu Wasser. Das gemeinsame Communiqué, das nach dem Belt and Road-Forum im Mai 2017 herausgegeben wurde, hält fest, dass die beteiligten Parteien verpflichtet sind, die Zerstörung der Erde zu verhindern, natürliche Ressourcen in gerechter und nachhaltiger Weise zu verwalten und umfassende, ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu erreichen.

Zuletzt muss Chinas neue herausragende Rolle als Treiber nachhaltiger Entwicklung und Klimapolitik als Ziel seiner erweiterten Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet werden. Die Unterstützung von Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung und Klimapolitik sieht China als Chancen, sein Engagement in globalen Fragen herauszustellen. Solche Abkommen helfen China auch, von sensiblen Themen abzulenken wie der Protestbewegung in Hongkong, dem Konflikt im Südchinesischen Meer, dem Nordkorea-Problem und Handelskonflikten mit anderen Ländern.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Beim UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung am 25. September 2015 beschlossen die Regierungschefs der Welt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den 17 Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (sustainable development goals – SDGs). Diese zielen darauf ab, Armut zu beenden, Ungleichheit und Ungerechtigkeit sowie den Klimawandel zu bekämpfen. Dazu wurden Ziele und Indikatoren

festgelegt, um diese universellen Ziele konkreter definieren und überwachen zu können. Aus rechtlicher Sicht entsprechen die Ziele nur weichen internationalen Normen. Dennoch repräsentieren sie ein starkes Regelwerk für nationale und lokale Maßnahmen wie auch für die internationale Zusammenarbeit. Einige der SDGs – insbesondere Ziel 13 – entsprechen internationalen Klimazielen. (bk)



BERTHOLD KUHN
ist Politikwissenschaftler und Berater für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Er arbeitet als

Privatdozent an der Freien Universität Berlin und freiberuflich. Er hat im Rahmen der University Alliance for Sustainability zwei Forschungsaufenthalte an der Universität Peking durchgeführt, ein weiterer steht bevor.
berthold.kuhn@t-online.de
www.innovateco.de



Mitglied einer Mai-Mai-Miliz
in der Demokratischen
Republik Kongo. In dem
Land gibt es derzeit rund
120 Rebellengruppen.

Militär und Politik

Nationale Armeen sind mit Kriegswaffen ausgestattete Träger der Staatsgewalt, die die äußere Sicherheit eines Landes gewährleisten sollen. In den meisten Staaten können sie zusätzlich als Verstärkung der Polizei zum Schutz der inneren Sicherheit eingesetzt werden. Viele autoritäre Regime missbrauchen das Militär zum Machterhalt und unterdrücken damit oppositionelle oder unliebsame Menschen und Bewegungen. In zahlreichen Staaten regiert das Militär – oder ehemalige Militärangehörige – sogar selbst nach einem Putsch. Von den Armeen scheint oftmals mehr Gefahr auszugehen als von äußeren Feinden, und in Bürgerkriegen spielen reguläre Truppen oft unrühmliche Rollen. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es mehr Militärputsche als grenzüberschreitende Kriege. Vor allem Afrika, Asien und Lateinamerika waren davon betroffen.

Militärisches Imperium

Nach dem Arabischen Frühling gewann das ägyptische Militär nie dagewesenen Einfluss. Es genießt die Unterstützung vieler Bürger, die das Militär als Retter betrachten, der Sicherheit und Stabilität wiederherstellte. Die Streitkräfte kontrollieren mit finanzieller Hilfe der Golf-Monarchien Politik und Wirtschaft.

Von Ingy Salama

Präsident Abdel Fattah el-Sisi beteuert, dass der Anteil von Unternehmen in Militärbesitz heutzutage nicht einmal zwei Prozent des ägyptischen Bruttoinlandsprodukts betrage. Doch die Zahl scheint zu niedrig, wenn man die vielen Privilegien des Militärs betrachtet. Präzise Zahlen sind jedoch schwierig zu bekommen. Das Militär ist eine Blackbox, da es wenig Information über Hierarchien, Budget und Einfluss auf das öffentliche Leben gibt. Laut Gesetz „Law 313“ dürfen jegliche Nachrichten über die Streitkräfte nur mit der Autorisierung des Direktors des Militärgeheimdienstes publiziert werden.

Traditionell sind die Streitkräfte in Ägypten für die Bürger eine Quelle nationalen Stolzes: 1952 entthronte eine Gruppe Militäroffiziere unter der Führung von Gamal Abdel Nasser – bekannt als die „Freien Offiziere“ – den König und gründete die Republik. Seitdem betrachten sich die Streitkräfte als Hüter und Führer der nationalen Entwicklung (siehe meinen Aufsatz in D+C/E+Z e-Paper 2017/02, S. 23).

Während seiner Präsidentschaft verstaatlichte Nasser (1956–1970) mehrere Unternehmen und legte die Grundlage für eine Industrialisierung unter der Aufsicht des Militärs. Der Bau des Assuan-Staudamms und die Verstaatlichung des Suez-Kanals waren Beispiele für die neue Rolle des Militärs in der Innenpolitik und Ökonomie.

Auf Nasser folgte Anwar el-Sadat (1970–1981), der mit einer Politik der offenen Tür ausländische Investoren anlockte. Er reduzierte die Zahl der Offiziere in Schlüsselpositionen, aber achtete darauf, dass die Streitkräfte in ökonomischen Belangen ihre privilegierte Rolle behielten. Weitere militärische Unternehmen wurden gegründet.

Dahinter stand die Idee, dass sie die Armee und den Binnenmarkt mit erschwinglichen Gütern versorgen könnten.

Nach Sadats Ermordung 1981 wurde Hosni Mubarak Präsident. Auch er war ein General, und er bewahrte die Rolle des Militärs als eine führende Institution im politischen und wirtschaftlichen Leben. Mubarak setzte vorzugsweise pensionierte Generäle in Schlüsselpositionen ein. 1986 erließ seine Regierung die Steuern für Importe des Verteidigungsministeriums und des Staatsministeriums für militärische Produktion. 1997 verfügte Mubarak per Erlass, dass das Militär jede unbestellte Ackerbaufläche bewirtschaften dürfe.

Die Rolle des Militärs in der Wirtschaft wurde als sozial verantwortlich betrachtet, weil es die Märkte mit Gütern zu akzeptablen Preisen belieferte. Manchmal griff das Militär ein, um das Leben der Menschen zu erleichtern – so etwa 2008, als es eine Brotknappheit gab: Mubarak forderte damals die Streitkräfte auf, die Produktion in den militäreigenen Bäckereien zu erhöhen.



Die Aufstände von 2011 läuteten eine weitere Phase der Militarisierung Ägyptens ein. Riesige Demonstrationen forderten „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Präsident Mubarak trat zurück, und der Oberste Rat der Streitkräfte (Supreme Council of the Armed Forces – SCAF), eine Gruppe hoher Militärs, ergriff die Macht. Die Polizei zog sich von den Straßen zurück und die Menschen hießen die Soldaten willkommen, die strategisch sichtbar in Kairo und anderen Orten stationiert wurden. Die Polizeikräfte wurden als korrupte Diener eines diskreditierten Regimes betrachtet, die Armee hingegen als Hüter der Stabilität. Die Medien berichteten obendrein, dass das Militär der Regierung hohe Geldsummen geliehen hatte, um die Wirtschaft zu stützen.



Die Kontrolle über den Suez-Kanal gibt Ägyptens Militär politischen und finanziellen Einfluss.

Gleichzeitig wies das Militär jegliche Kritik an seinem Wirtschaftsimperium zurück. General Mahmoud Nasr erklärte 2012 im Namen des Verteidigungsministeriums, dass das Militär „niemals militärisch kontrollierte Projekte irgendeiner anderen Autorität übergeben würde“. Seiner Ansicht nach waren diese Unternehmen kein staatliches Eigentum, sondern entstanden „aus dem Schweiß des Verteidigungsministeriums“.

Während des Arabischen Frühlings gab es auch Arbeiterunruhen in Ägypten. Sit-ins und Streiks waren an der Tagesordnung. Der SCAF schlug die Streiks nieder. Demonstranten wurden vertrieben und viele verhaftet.

2012 wurde Mohamed Mursi von der lang unterdrückten Muslimbruderschaft zum Präsidenten gewählt. Nasser hatte sie verboten mit der Begründung, sie seien 1954 in ein Mordkomplott verwickelt gewesen. Sadats und Mubaraks Haltung war die gleiche. Viele Muslimbrüder saßen im Gefängnis.

Eine neue Verfassung gab dem Militär rechtliche Immunität und schützte es vor öffentlichen Untersuchungen. Mursis Beziehungen zum Militär verschlechterten sich jedoch rapide, als er Pläne bekanntgab, den Suez-Kanal-Korridor zu entwickeln und ihn in einer Partnerschaft zusammen mit Indien in eine lukrative industrielle Zone zu verwandeln – ohne dies vorher mit dem Verteidigungsministerium abgesprochen zu haben. Für Ägyptens Militär war der Suez-

Kanal immer von höchstem geschäftlichen Wert. Entsprechend wiesen die Streitkräfte Mursis Pläne ab.

EL-SISI WEG ZUR MACHT

2013 wurde Mursi durch einen blutigen Militärputsch gestürzt und General Abdel Fattah el-Sisi kam als Führer einer Militärjunta an die Macht. Hunderte Muslimbrüder wurden getötet. Während seiner Ankündigung, als Präsident zu kandidieren, trug el-Sisi 2014 seine Uniform und zog sich erst später aus dem Militär zurück, um seine Wahlkampagne als Zivilist zu führen. Er gewann die Wahlen, doch die Muslimbrüder, welche die vorherigen Wahlen in Ägypten gewonnen hatten, durften gar nicht antreten. Auf der anderen Seite war Mursi immer unpopulärer geworden, da er das harte Leben der Menschen nicht erleichtert, sondern den Staat seiner religiösen Bewegung untergeordnet hatte. Massive Proteste hatten seine Absetzung gefordert, und deswegen stützten viele Ägypter el-Sisis harte Haltung gegenüber den Muslimbrüdern. Die Medien stellten es so dar, dass das Militär auf Seiten des Volkes stand.

Heute ist el-Sisis Regierung finanziell von den Golfstaaten abhängig. Der Einfluss des Militärs hat unter seiner Präsidentschaft zugenommen. So etwa betreibt el-Sisi zwei Megaprojekte mit direkter militärischer Beteiligung: den Ausbau des Suez-Kanals und den Bau einer neuen

Hauptstadt. 2015 erlaubte seine Regierung Offizieren des Militärs, Polizei und des Geheimdienstes, private Sicherheitsfirmen zu gründen. Gleichzeitig sind militäreigene Unternehmen in allen wirtschaftlichen Bereichen aktiv.

Obwohl das Regime scheinbar strikte Kontrolle über das Land ausübt, gibt es offenbar Konflikte mit dem „tiefen Staat“: So säuberte el-Sisi den Geheimdienst; mehr als 100 Beamte wurden entlassen. Mitte Januar entließ el-Sisi den Direktor des Geheimdienstes und ersetzte ihn vorläufig mit seinem Stabschef General Major Abbas Kamel.

Währenddessen wächst die Unzufriedenheit in anderen staatlichen Institutionen. El-Sisi wurde öffentlich von mehreren Militärführern kritisiert, weil er zwei Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien übergeben und Ägyptens Anspruch aufgegeben hatte. Obendrein tweetete Generalleutnant Ahmad Shafik ein scharf formuliertes Statement gegen el-Sisi, als Ägypten den Bau des äthiopischen Renaissance-Damms stromaufwärts am Nil nicht unterbinden konnte. In der Regel ist jedoch öffentliche Kritik an dem Regime selten geworden. Ägyptens Medien sind nicht frei (siehe Kasten unten).



INGY SALAMA

ist eine ägyptische Journalistin und Medien-spezialistin. Sie lebt in Deutschland.

ingysalama@hotmail.com

Kontrollierte Medien

Seit dem Sturz von Präsident Mohamed Mursi in Ägypten im Jahr 2013 ist das Regime von Abdel Fatah el-Sisi auf zweierlei Arten mit den Medien umgegangen: Auf der einen Seite wurden die „Medienarme“ innerhalb des Systems gebildet, indem Bündnisse mit den ägyptischen Medienhäusern geschmiedet wurden. Auf der anderen Seite zerschlug das Regime kritische Medien, indem Webseiten blockiert und kritische Sendungen

verboten wurden. Viele Journalisten wurden verhaftet. Der Einfluss des Regimes auf die Medien weitete sich enorm aus, dank Geschäftsleuten mit Verbindungen zum Militär. So zum Beispiel wurde der private TV-Kanal Al-Hayat von einer Sicherheitsfirma namens „Falcon“ übernommen. Laut der staatlichen Zeitung Ahram ist der Generaldirektor von Falcon ein ehemaliger hoher Beamter des militärischen Abwehr-

dienstes und der frühere Chef der Radio- und Fernseh-Regulierungsbehörde.

ONTV, ein populärer privater TV-Kanal, der während der Aufstände 2011 kritische Kommentare gegen die Regierung des früheren Präsidenten Mubarak ausstrahlte, ist von dem Milliardär Ahmad Abu-Hashima übernommen worden, der eng mit Präsident el-Sisi verbandelt ist. Abu-Hashima besaß auch 50 Prozent der Produktionsfirma „Egypt for cinema“, die pro-militärische Filme produzierte. Im Dezember 2017 jedoch übernahm eine neu ge-

gründete Firma namens „Eagle Capital“ alle Anteile. „Eagle Capital“ ist ein privater Aktienfonds im Besitz des General Intelligence Service.

Laut des weltweiten Pressefreiheits-Index 2017, zusammengestellt von Reporter ohne Grenzen, ist Ägypten eines der Länder, wo Journalisten am wenigsten unabhängig arbeiten können. Von 180 Ländern steht Ägypten auf 161. Stelle. Auf der Landkarte der internationalen Nichtregierungsorganisation ist es schwarz markiert – ebenso wie China, Iran und Saudi-Arabien. (isa)

Durchwachsene Bilanz

In Westafrika hat regionale Militärkooperation dazu beigetragen, demokratische Prinzipien durchzusetzen und Bürgerkriege zu begrenzen. In diesem Sinne ist die Wirtschaftsgemeinschaft afrikanischer Staaten (Economic Community of West African States – ECOWAS) beispielhaft. Vladimir Antwi-Danso vom Ghana Armed Forces Command & Staff College warnt dennoch, ernste Probleme bestünden fort.

Vladimir Antwi-Danso im Interview mit Hans Dembowski

Die ECOWAS entstand als Wirtschaftsgemeinschaft, wurde aber international durch Interventionen in die Bürgerkriege von Liberia und Sierra Leone bekannt. Wie kam das? In der Tat wurde die ECOWAS 1975 mit dem Ziel enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit der 15 Mitgliedsländer gegründet, deren sozioökonomische Verhältnisse ähnlich waren. Wegen des historischen Kontexts von Kolonialherrschaft, Verwaltungskulturen und Sprachen gab es jedoch Stolpersteine. Die Regionalorganisationen sahen sich bald mit politischen Krisen konfrontiert – einschließlich Bürgerkrieg, Militärputsch und Staatsstreich. Folglich wurde Sicherheit zum zentralen Thema. Regionalintegration ist ohne politische Stabilität nicht zu haben. 1989 wurde ein Verteidigungspakt verabschiedet und die regionale Truppe ECOMOG (ECOWAS Monitoring Group) geschaffen, um auf die Aufstände in Liberia und Sierra Leone zu reagieren. Die ECOMOG trug zur Beendigung der Gewalt und dem Peacekeeping in beiden Ländern bei.

Welche langfristigen Folgen hatte das?

Die ECOMOG half beim Wiederaufbau nach dem Krieg sowie bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern. Sie wurde auch in Guinea-Bissau sowie in der Republik Guinea aktiv. In Kooperation mit französischen Truppen half eine kollektive ECOWAS-Intervention zudem, in Mali nach dem Militärputsch von 2012 die Demokratie wiederherzustellen. Voriges Jahr akzeptierte dann der langjährige Diktator von Gambia, Yahya

Jammeh, seine Wahlniederlage erst, nachdem die ECOWAS eine militärische Intervention gestartet hatte. Ähnlich hatte die ECOWAS auch mit einem militärischen Eingriff gedroht, um in der Elfenbeinküste Laurent Gbagbo abzusetzen, der seine Wahlniederlage 2009 nicht eingestehen wollte. Auch dort griffen französische Truppen ein, und ECOWAS-Einheiten hätten sie unterstützt, wenn Gbagbo nicht schnell gefasst worden wäre.

Die Wurzeln der Demokratie scheinen heute in Westafrika tiefer zu sein als in anderen Regionen des Kontinents. Warum ist die ECOWAS ein Vorreiter?

Es ist richtig, dass demokratische Prinzipien in Westafrika stärker als anderswo

Olusegun Obasanjo in Nigeria und Mamadou Tandja in Niger. Sie hielten die Fackel der Demokratie hoch und kooperierten gut miteinander. In gewissem Maße mögen westafrikanische Erfahrungen mit Bürgerkrieg und autoritärer Herrschaft dazu beigetragen haben. Obasanjo war selbst ein ehemaliger Militärherrscher. Zweifellos spiegelten die neuen Konzepte aber auch die multilaterale Debatte jener Jahre wider. Leider hatten diese Spitzenpolitiker afrika weit nicht dasselbe Echo, sondern waren nur Referenzgrößen unter vielen anderen.

Was geschieht, um in den Streitkräften der ECOWAS-Mitglieder eine demokratische Kultur zu verankern?

In fast allen Mitgliedsländern wurden die Spielregeln dem Prinzip des Primats der zivilen Politik über das Militär angepasst. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit war das anders; damals war die Verflechtung von Politik und Militär normal. Die Streitkräfte waren quasi ein Anhängsel der je-



Im Dezember 2016 erklärten vier gewählte Staatsoberhäupter – Muhammadu Buhari aus Nigeria, Ellen Johnson Sirleaf aus Liberia (linke Seite), Ernest Bai Koroma aus Sierra Leone und John Dramani Mahama aus Ghana (rechte Seite) – Gambias Diktator Yahya Jammeh (Mitte), dass seine Zeit abgelaufen war. Johnson Sirleaf und Mahama sind mittlerweile abgewählt.

betont werden. Das liegt vor allem an der neuen Elite, die um den Millenniumswchsel herum an die Macht kam. Führungspersönlichkeiten waren zum Beispiel Abdoulaye Wade im Senegal, John Kufuor in Ghana,

weiligen Regierungspartei. Heute unterliegt das Militär parlamentarischer Aufsicht. In Ghana debattieren und beschließen die Volksvertreter beispielsweise den Verteidigungshaushalt. Sie können auch den Ver-

teidigungsminister zur Verantwortung ziehen, der sich ihren Fragen stellen muss. Der Rechnungshof prüft Militärmanagement und -beschaffung. Grundsätzlich sind die Streitkräfte nun ein Instrument des demokratischen Staates.

Hat sich denn die Denkweise der Generäle entsprechend verändert?

In Westafrika streben sie heute generell die Konsolidierung der Demokratie an. Dass sie keine Putsch-Mentalität mehr haben, liegt meiner Meinung nach an drei miteinander verflochtenen Faktoren:

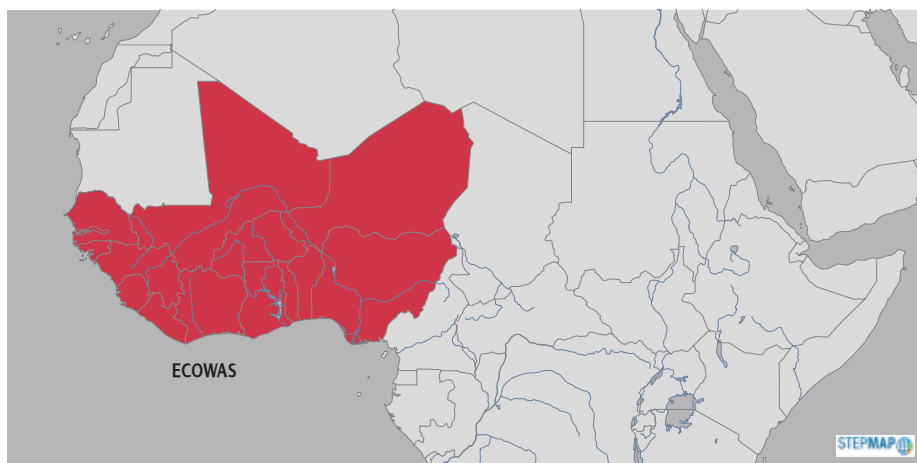
- In der internationalen Arena werden Militärputsche abgelehnt. Früher gab es im kalten Krieg für Staatsstreichs Unterstützung entweder vom Osten oder vom Westen. Heute verurteilen die UN solche Schritte. Zudem haben diverse regionale Organisationen Protokolle verabschiedet, die gesetzeswidrige Regierungswechsel untersagen. Die Afrikanische Union hat das 2001 getan, die ECOWAS folgte drei Jahre später nach.
- Viele Spitzenoffiziere sind jetzt hochgebildet, sodass sie die Weltordnung höher bewerten und ihnen die Relevanz der Demokratisierung einleuchtet.
- Das Militär hat für die innere Sicherheit eine höhere Bedeutung und wird auf unkonventionelle Weise eingesetzt, zum Beispiel für Peacekeeping oder in Konflikten mit geringer Intensität. Das spiegelt sich in Ausbildung und Orientierung wider.

Internationale Organisationen betonen gute Regierungsführung, und ihre Friedensmissionen bieten Karrierechancen. Motiviert vielleicht auch das die Generäle, ihre Aussichten nicht dadurch zu beeinträchtigen, dass sie die eigene Regierung stürzen?

Richtig ist, dass Friedenseinsätze für die Soldaten und ihre Länder finanziell attraktiv sind. Ich denke aber nicht, dass deswegen die Neigung zu Militärputschen zurückgegangen ist. Für Friedenseinsätze werden auch Truppen aus autoritär regierten Ländern herangezogen, also ist die Qualität der nationalen Regierungsführung keine Vorbedingung der Teilnahme.

Würden Sie sagen, dass Westafrika die Lektionen von Militärherrschaft und Bürgerkriegen gelernt hat?

Das wäre zu optimistisch. Die Bilanz ist durchwachsen. Die Generäle mögen einige Lektionen gelernt haben, aber ich glaube



nicht, dass ihre Einsichten in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Die Demokratisierung Westafrikas beruht vor allem auf globalen Trends. Es gab innenpolitische Dynamiken sowie den Druck der internationalen Gemeinschaft. Nach dem Ende des kalten Kriegs und dem Zusammenbruch des Kommunismus war monolithische Regierungsführung diskreditiert. Die Rückkehr ziviler Herrschaft war afrikaweit zu beobachten. Wir stehen aber leider wieder da, wo wir angefangen haben. Schlechte Regierungsführung und Korruption sind üblich. Staatliche Ressourcen und Institutionen werden missbraucht. Amigo-Systeme, Klientelismus, Ausgrenzung, Politik der Rache, Verschwendung, Wahlmanipulation – all das lässt sich weiter beobachten, und genau diese Dinge haben früher zu Staatsstreichs motiviert.

Militärdiktaturen haben die Probleme aber nicht gelöst.

Nein, denn die Offiziere waren sehr schnell selbst in diese Dinge verstrickt. Sie haben Afrikas Probleme weder verstanden noch gründlich analysiert. Die ungerechte weltweite Arbeitsteilung machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Sie waren Gefangene der Missstände – besonders der Korruption –, die sie den zivilen Regierungen angelasteten und die zu überwinden sie versprochen.

Ist die Ära der Militärputsche in Westafrika vorbei?

Das lässt sich schwerlich mit Emphase sagen, denn das, was die Akteure angetrieben hat, ist immer noch gegeben. Das Problem ist schlechte Regierungsführung – mit Korruption, Verschwendung, Vetternwirtschaft

und unkluger Wirtschaftspolitik. Wichtig ist auch, dass sich zu Staatsstreichs oft Offiziere der mittleren und unteren Ränge, aber nicht die Generäle verschwören. Putsche sind also weiterhin möglich. Richtig ist aber auch, dass die ECOWAS die Hürden erhöht hat und es Putschisten schwer macht, sich an der Macht zu halten. 2012 wurde das Militärregime in Mali schnell wieder beseitigt.

In welchem Maße sind Streitkräfte der ECOWAS-Mitglieder in anderen afrikanischen Regionen und Friedenseinsätzen beteiligt?

Gemeinsam haben sie außerhalb der eigenen Region an keiner Mission teilgenommen, sondern nur innerhalb der ECOWAS auf Spannung reagiert. Die Afrikanische Union will mit zwei übergreifenden Mechanismen demokratische Regierungsformen stärken und Frieden und Sicherheit gewährleisten. Dabei geht es um die African Governance Architecture (AGA) und die African Peace and Security Architecture (APSA). Die ECOWAS folgt dem Aufruf der AU, als Teil der APSA eine Eingreiftruppe zu schaffen. Sie hätte schon 2010 bereitstehen sollen, aber der Termin wurde auf 2015 vertagt. Komplett etabliert ist sie immer noch nicht, aber es hat gemeinsame Übungen von Truppen aus Nigeria, Benin und Mali gegeben, um die Verwirklichung der AU-Eingreiftruppe vorzubereiten.



VLADIMIR ANTWI-DANSO
ist Dekan und akademischer
Direktor des Ghana Armed
Forces Command & Staff
College (GAFSC) in Accra.

vladanso@yahoo.com

Tausende fliehen jeden Monat

Bewaffnete Aufständische, die einen Bürgerkrieg gewonnen haben, bauen gern selbst autoritäre Regime auf – Eritrea ist ein trauriges Beispiel dafür. Nach wie vor ist das Denken, geprägt durch den Konflikt, militärisch.

Von Diglel Fadi

Seit die Befreiungskräfte vor 26 Jahren die Unabhängigkeit erreichten, ist Eritrea ein Einparteienstaat. Eine Präsidentschaftswahl hat es nie gegeben. Alle Gouverneure, Bürgermeister und anderen politischen Führer sind Mitglieder des Militärs und der Partei. Das Regime setzt auf Gewalt und ein immenses Spionage-Netzwerk und zahlt im In- und Ausland für die Überwachung von Dissidenten – und von jedem, der einer sein könnte.

Die internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) Human Rights Watch berichtet: „Eritreer laufen Gefahr, willkürlich festgenommen und harten Haftbedingungen ausgesetzt zu werden. In Eritrea gab es seit 2001 keine nationalen Wahlen, keine Legislative, keine unabhängigen Medien

und keine unabhängigen NROs. Die Religionsfreiheit ist stark eingeschränkt.“

1993 erlangte Eritrea nach 30 Jahren gewalttätiger Konflikte (siehe Kasten, S.25) die Unabhängigkeit von Äthiopien. Bis 1942 war Eritrea eine italienische Kolonie; nachdem die italienischen Streitkräfte im 2. Weltkrieg geschlagen wurden, regierten die Briten das Land. 1952 wurde es von Äthiopien – offiziell als Teil einer von den UN sanktionierten Föderation – annektiert. Äthiopische Regierungen, ob unter Kaiser Haile Selassie oder später dem kommunistischen Diktator Mengistu Haile Mariam, unterdrückten die Unabhängigkeitsbewegung mit allen Mitteln.

1991 wurde Mengistu gestürzt. Damals war Isayas Afewerki, der Anführer der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF), ein Verbündeter von Meles Zenawi, dem Anführer der Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker – eines Zusammenschlusses von Rebellenbewegungen verschiedener Regionen, die die Idee einer eritreischen Souveränität akzeptierten. 1993 wurde Eritrea ein souveräner Staat. Afewerki wurde Präsident und die

EPLF zur Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ), der einzigen politischen Partei der Nation.

Meles wurde Premierminister von Äthiopien. Er und Afewerki überwarfen sich, es kam in den späten 1990er Jahren zu einem brutalen Grenzkrieg, bei dem auf beiden Seiten Tausende von Soldaten starben. Der Krieg kostete beide Länder schätzungsweise etwa eine Million Dollar pro Tag. Natürlich minderte das Blutvergießen die Armut nicht; aber durch Propaganda konnten die Regierungen ihre Macht im Inland stärken.

Afewerki gab an, der Befreiungskrieg habe 65000 Eritreer das Leben gekostet. Weitere 16000 Menschen seien in den späten 1990er Jahren im Grenzkrieg gestorben. Internationale Beobachter glauben, dass es in beiden Konflikten weit mehr eritreische Opfer gab.

Unter Afewerki wurde eine Verfassung erarbeitet, aber nie umgesetzt. Sein Regime führt das Land wie eine Armee. Das Denken der Kommandeure ist vom Krieg geprägt. Den Anführern geht es inzwischen gut, doch ihre Truppen leben nach wie vor in Armut.

1994 führte die Afewerki-Regierung einen obligatorischen Wehrdienst ein. Jedes Jahr werden 10000 bis 25000 Schüler rekrutiert und in Sawa, einem Ausbildungslager der Armee, militärisch geschult. Alle Jugendlichen verbringen hier ihr 12. Schuljahr. Der Einsatz ist zeitlich unbefristet, und die Frauen und Männer wissen nicht, wie lange sie dienen müssen – manche kommen nicht vor ihrem 50. Geburtstag raus. Human Rights Watch schätzt, dass „mehrere tausend Menschen“ pro Monat aus Eritrea fliehen, um dem Wehrdienst zu entkommen.

Die ursprüngliche Idee war, durch den Dienst billige Arbeitskräfte für den Aufbau der Infrastruktur des Landes zu gewinnen. Straßenbau gehört zu den Pflichten der Rekruten. Es ist aber seit langem klar, dass der Dienst in Wirklichkeit die militärische Ideologie des Regimes widerspiegelt. Viele Eritreer halten den Wehrdienst für ein Mittel, um die derzeitige Führung zu schützen.

Das Regime duldet auch innerhalb der eigenen Reihen keine Kritik. Nach der Jahrtausendwende drückte eine Gruppe von 15 politisch aktiven EPLF-Mitgliedern ihren Frust über die Entwicklung des Landes aus und forderte freie Wahlen. Von den sogenannten „G15“ sitzen elf noch im Gefäng-



Flüchtlinge aus Eritrea demonstrieren vor dem AU-Büro in Addis Abeba und fordern, dass Präsident Isayas Afewerki sich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortet.

nis, drei sind in die USA geflohen, und einer zeigte Reue und kehrte in die Reihen des Regimes zurück.

Die Freiheitskämpfer erlangten die Unabhängigkeit einst dank ihrer Entschlossenheit, Einheit und ihres Patriotismus. Dieser Geist ist längst verfliegen, und die Regierung hat ihre Glaubwürdigkeit verloren. Dem heutigen Militär Eritreas gehören ehemalige Freiheitskämpfer und Auszubildende aus dem Sawa-Lager an. Wegen der demografischen Entwicklung bilden die Jugendlichen die Mehrheit. Das Militär hat keine klare Ideologie mehr, es will einfach

nur an der Macht bleiben. Seine jugendlichen Mitglieder sehen keine Perspektive für die Zukunft.

In den Augen der meisten Eritreer hat das gegenwärtige diktatorische Regime den Freiheitssieg „geraubt“. Ehemalige Freiheitskämpfer fühlen sich von der Regierung verraten; diese erkennt nicht an, welche Opfer sie gebracht haben, und lässt sie in Armut leiden.

Leider sieht es im benachbarten Äthiopien nicht viel besser aus: Die Menschenrechtslage ist düster, die Wahlen sind ein Witz. 2015 gewann die regierende Partei

jeden einzelnen Sitz im äthiopischen Parlament. Die Rebellenbewegungen, die Mengistu stürzten, haben die Menschen leider nicht befreit, sondern einfach ihre Spitzenpolitiker an die Macht gebracht.

DIGLEL FADI

ist das Pseudonym eines eritreischen Flüchtlings, der aus oben beschriebenen Gründen anonym bleiben möchte. Die Redaktion von D+C/E+Z steht mit ihm in Kontakt.

euз.editor@fazit-communication.de

30 Jahre Guerillakrieg

Eritreas Unabhängigkeitskampf begann in den 1950er Jahren als heimliche Bewegung. 1961 startete der Befreiungskrieg offiziell.

Eine Handvoll im Kairoer Exil lebende eritreische Studenten gründeten die Eritreische Befreiungsfront (ELF). Die entscheidenden Köpfe waren Weldeab Woldemariam, Scheich Ibrahim Sultan und Mohamed Adem. 300 eritreische Studenten schlossen sich ihnen zum bewaffneten Kampf an. Die Bewegung war weitgehend das Werk muslimischer Männer, die Äthiopiens Präsenz in Eritrea störte. Über eine Radiosendung aus Kairo wollten sie alle Eritreer erreichen und internationale Aufmerksamkeit erregen.

Die ELF nutzte Guerilla-Taktiken, um äthiopische Truppen anzugreifen. Die Freiheitskämpfer hielten sich im Busch und in den Bergen auf und waren ständig auf der Hut vor dem Feind. Sie hatten weder militärische Ausrüstung noch das entsprechende Training.

Die Freiheitskämpfer lehnten Äthiopiens Kaiser Haile Selassie ab. Die Lage bes-

serte sich jedoch auch nicht, nachdem der marxistische Revolutionär Mengistu Haile Mariam ihn 1974 gestürzt hatte. Mengistu hat das Unabhängigkeitsstreben der Eritreer nie akzeptiert. Er behandelte sie ausgesprochen brutal und gründete eine der gefürchtetsten

stützte das kommunistische Regime militärisch, wobei ihre Ausrüstung gelegentlich in die Hände der Freiheitskämpfer gelangte. Schon 1978 soll die Befreiungsbewegung aus mehreren 100 000 Kämpfern bestanden haben.

In den späten 1970er Jahren kam es innerhalb der ELF zu erheblichen ideologischen Verwerfungen. Zwei Fraktionen gerieten in einen erbit-

spaltete sich die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) von der ELF ab. Sie erwies sich langfristig als die stärkere Kraft.

In den 30 Jahren bewaffneten Konflikts spielten die eritreischen Frauen eine Schlüsselrolle. Einige schlossen sich freiwillig an, andere wurden gewaltsam aus ihren Dörfern rekrutiert. Sie zogen mit in den Krieg und wurden so Teil der Befreiungsbewegung. Manchen wurde die Rolle von Ausbilderinnen, Lehrerinnen und Ärztinnen zugeteilt, andere erlangten wichtige militärische Positionen.

Musik war für die EPLF von strategischer Bedeutung. Sie rekrutierte gute Musiker, um die Moral durch patriotische Lieder und Tänze zu steigern; sie schaffte es sogar, in den Bergen einen Radiosender zu errichten und Informationen und Musik zu senden.

Als mit der Zeit immer mehr Kämpfer hinzukamen, richtete die EPLF provisorische Militärlager ein. Die Ausbildung dauerte zwischen einem und sechs Monaten und beinhaltete harte körperliche Arbeit – selbst unter Beschuss von Feinden mussten Gräben ausgehoben werden. EPLF-Kämpfer wechselten häufig den Ort und brauchten dafür Kamele. (df)



Streitkräfte Afrikas. Seiner Ansicht nach sollte Eritrea immer Teil von Äthiopien bleiben.

Das Mengistu-Regime demonitierte lokale Fabriken in Eritrea und brachte die Einzelteile nach Addis Abeba. Etliche eritreische Männer und Frauen traten der Befreiungsbewegung bei. Die Sowjetunion unter-

terten Kampf, der als „Geschwisterkrieg“ bekannt wurde. Die Kämpfe waren traumatisch, da Loyalität für jede heimliche Bewegung eine Frage des Überlebens ist. Rebellenführer erwarten absoluten Gehorsam von ihren Untergebenen und sind schnell bereit, vermeintliche Verräter zu „beseitigen“. 1981

„Der Staat existiert nach seiner komplett eigenen Logik“

In der Demokratischen Republik Kongo gehört militärische Gewalt seit vielen Jahren zum Alltag. Neben der Armee gibt es zahlreiche andere Gewaltakteure, unter denen die Bevölkerung zu leiden hat. Neues Konfliktpotenzial birgt die Präsidentenwahl, die laut Verfassung Ende 2016 hätte stattfinden sollen, aber noch nicht stattgefunden hat, weil der amtierende Präsident Joseph Kabila sein Amt nicht verlieren möchte. Eine friedliche Lösung scheint in weiter Ferne. Wer wie warum im Land agiert, erläutert der Kongo-Experte Christoph Vogel von der Universität Zürich.

Christoph Vogel im Interview mit Sabine Balk

Wie sieht die generelle Situation bezüglich Militär und Rebellen im Kongo derzeit aus?

Abgesehen von den speziellen Problemen im Ostkongo, die seit langer Zeit schwelen, ist die Lage im ganzen Land derzeit sehr kritisch. Der Grund sind alle Fragen rund um die Präsidentenwahl. Das hat dazu geführt, dass es viele politische Spannungen gibt, weil im Prinzip alle Akteure von dieser Unsicherheit betroffen sind. Dazu gehören sowohl Politiker von Regierung und Opposition als auch andere Akteure wie die katholische Kirche, die immer schon eine wichtige Rolle im Kongo gespielt hat, wie auch Bürgerbewegungen. Keiner weiß, wie es in den nächsten sechs bis 12 Monaten weitergeht. Es gibt immer wieder Demonstrationen, die teils gewaltsam niedergeschlagen werden, und viele politische Ränkespiele hinter den Kulissen. Das bringt auch auf Provinzebene und besonders im historisch unruhigen Osten des Landes viel Unruhe bei den politischen und den militärischen Akteuren.

Wie ist die Rolle der regulären Armee im Kongo?

Aus der Vogelperspektive kann man sie als ambivalent bezeichnen. Sie ist eine Art Chamäleon, das die Farbe seiner Umgebung annimmt. Das bedeutet, dass es innerhalb der

Armee sehr große Unterschiede gibt, teils wegen ihrer Größe, aber auch wegen ihrer heterogenen Zusammensetzung. Es gibt Einheiten und Kommandanten, die machen einen fantastischen Job, sind integer und patriotisch und verüben keine Menschenrechtsverletzungen – und dann gibt es das genaue Gegenteil. Und dazwischen gibt es auch sehr viel. Das macht es sehr schwer, ein Pauschalurteil abzugeben. Numerisch stimmt es, dass die Armee der Akteur ist, der die meisten Menschenrechtsverletzungen im Kongo begeht. Aber die Armee hat auch mehr Kämpfer als alle bewaffneten Gruppen – eine genaue Zahl ist allerdings schwer zu bestimmen, weil die Register nicht auf dem aktuellen Stand sind. Generell kann man sagen, dass die Armee und auch die Polizei im Kongo sehr stark ins öffentliche Leben eingebunden sind. Rein aufgrund der oft verspäteten Soldzahlungen sieht man Soldaten auf der Straße Nebenjobs ausführen, sie verkaufen etwa Gemüse oder andere Güter. Außerdem holen sich Soldaten ihren fehlenden Sold oft auch auf anderen Wegen, indem sie auf den Straßen echte oder vorgeschobene Steuern erheben. Das ist oft eine Überlebensstrategie und wird von der Zivilbevölkerung ein Stück weit akzeptiert, solange es sich in Grenzen hält.

Warum gibt es im Kongo so viele Rebellengruppen?



Wie in jedem Konfliktgebiet kommen im Kongo viele Gründe zusammen. Es gibt ein paar generelle Faktoren: Das Land ist einfach unglaublich groß, das größte Flächenland Subsahara-Afrikas, die Infrastruktur ist extrem schlecht, weshalb ein Großteil des Landes schwer zugänglich ist. Der Staat ist entgegen aller Gerüchte nicht zerfallen und existiert sehr sichtbar und spürbar auch für die Bevölkerung. Sogar in kleinsten Dörfern gibt es einen Polizisten, Soldaten oder Beamten. Aber der Staat existiert nach seiner komplett eigenen Logik. Das ist ein Teil des Problems. Politisch wurden in den vergangenen 25 Jahren viele Fehler gemacht. Der Zusammenbruch des Mobutu-Regimes und externe Ereignisse wie die Auswirkungen des ruandischen Genozids mit der Flucht der Völkermörder über die Grenzen haben den Nährboden für die heutige Situation gesetzt. Seitdem gibt es einen Zyklus von Gewaltmobilisierung und Momente, wo der schwelende Konflikt überkocht. Zum Beispiel hat sich die Sicherheitssituation nach den Wahlen 2006 und 2011 verschlechtert. Danach kamen bestimmte starke Rebellengruppen auf, die die Kraft hatten, auch über lokale Konflikte hinaus, den Staat in Bedrängnis zu bringen. Davon gab es in den vergangenen 25 Jahren mehrere Wellen.

Warum führten die Bemühungen der UN-Mission Monusco bislang zu wenig Erfolg?

Die UN-Mission und andere diplomatische Aktionen haben nicht die idealen Antworten gefunden, wie man diese Krise beenden kann. Es gab beispielsweise einige Demobilisierungsprogramme, die gut gemeint, aber nicht erfolgreich waren. Teils wurden Fehler gemacht, teils hat es auch an politischem Willen gemangelt. Es ist aber unglaublich schwer, Demobilisierungsprogramme durchzuführen. Hinzu kommt, dass die Regierung eine relativ hastige Integration früherer Rebellen in die Armee vorgenommen hat, was innerhalb des Militärapparats Parallelstrukturen geschaffen hat. Gleichzeitig hat diese Rebellenintegration, bei der man Anführer teils herausgekauft und sie zu Generälen gemacht hat, sehr viele Unzufriedene hinterlassen, weil bei weitem nicht Platz für alle war. Das hat gerade in den letzten vier bis fünf Jahren zu einer großen Fragmentierung der Rebellengruppen geführt. Während man vor zehn Jahren etwa 20 bis 30 Gruppen ausmachen konnte, zählen wir heute zirka 120 Rebellengruppen.



Kindersoldaten in Goma: Einheitliche Uniformen haben die Kämpfer nicht, dafür aber Waffen.

Was sind die Ziele dieser Rebellengruppen?

Viele der bewaffneten Gruppen denken immer mehr politisch, auch wenn es oft nicht über das lokale Niveau hinausgeht. Es geht oft um „customary power“, die Macht der traditionellen Könige und Leader, aber teils auch um ethnische Spannungen, die oft erst durch politische Manipulation durch die jeweiligen Eliten heraufbeschworen werden. Grundsätzlich sind Politik und Wirtschaft eng verflochten. Es hat sich das Narrativ herausgebildet, dass es den Rebellen im Ostkongo hauptsächlich um die Rohstoffe geht. Mir scheint dies ein Trugschluss zu sein, eine Interpretation, die es uns erschwert, wirklich zu verstehen, was dahintersteckt. In der Kampagnenarbeit zahlreicher Organisationen ist das Thema Konfliktmineralien jedoch sehr dominant. Die verschiedenen Generationen der Konfliktakteure mussten ihre Kriege finanzieren, da hat man sich sicher auch den Rohstoffen verschrieben. Aber in Gegenden, in denen es keine Rohstoffe gibt, haben sich die Rebellen andere Geldquellen wie Marihuana-Anbau oder illegale Steuern erschlossen. Die Gruppen waren immer pragmatisch, wenn es darum ging, sich zu finanzieren. An den Rohstoffen haben sich sicher auch die Warlords bereichert, aber kongolesische und internationale Geschäftsleute sicher in noch viel größerem Maße.

Wie schwer ist es, die bewaffneten Gruppen im Kongo zu identifizieren?

Im Einzelfall muss man jede Gewalttat und jede Kampfhandlung nachprüfen, weil die Gründe dafür oft sehr undurchsichtig sind. Man kann auch tatsächlich oft nur schwer sagen, welche Gruppe agiert. Denn viele Rebellen haben in mehr als 25 Jahren gelernt, wie man geschickt hinter den Kulissen agiert. Auch politische Strippenzieher haben gelernt, wie man sich in diese Konflikte einbringt, ohne immer sichtbar zu sein. Es gibt seit 16 Jahren Expertengruppen der UN, so genannte Panels, die nichts anderes tun, als genau nachzuforschen, wer hinter welcher Kampfhandlung, hinter welchem Massaker oder illegalen Geschäften steckt. Ich selbst habe von 2016 bis 2017 in diesem Panel gearbeitet. Seit Ende 2016 gibt es den Kivu Security Tracker, ein Projekt, bei dem es darum geht, konkrete Attacken im Ostkongo festzumachen und zu identifizieren, wer dahintersteckt. Das Projekt wird federführend von der Congo Research Group geleitet, einer kleinen Forschungsgruppe an der New York University.

Dabei haben Sie 120 Rebellengruppen identifiziert. Wie sind Sie vorgegangen?

Es dauert wegen der großen Anzahl an Gruppen sehr lange, sie zu identifizieren. Dennoch ist es einfacher zu sagen, wer die

se Gruppen und ihre Anführer sind und in welchen Gebieten sie agieren, als für jede Gruppe zu erforschen, welche politischen Verbindungen und Ziele es gibt. In der jüngsten Auflage unserer Kartografie haben wir erstmals Kurzbiografien für alle bewaffneten Gruppen verfasst. Aber das sind leider nur sehr oberflächliche Informationen. Im Grunde könnte man für jede Gruppe eine eigene Forschungsarbeit machen. Dennoch überprüfen wir alle Daten mehrfach und checken sie mit weiteren Quellen gegen. Die Rohdaten hat ein Team von kongolesischen Forschern und Menschenrechtsaktivisten, die über die Provinzen Nord- und Süd-Kivu verteilt sind, für uns gesammelt.

Können die Einheimischen denn überhaupt unterscheiden, wer sie angreift?

Anhand der Uniform sind die Kämpfer nicht unbedingt zu erkennen, weil aufgrund der verschiedenen Wellen der Integration der Rebellen in die Armee und die Kreierung neuer Gruppen oder durch Verkauf von einzelnen Uniformen die wenigsten eindeutig unterscheidbare Uniformen tragen. Man kann natürlich sagen, wenn eine größere Gruppe relativ neue Armeeuniformen trägt und alle gleich aussehen, dass es wahrscheinlich eine offizielle Armeeeinheit ist. Bei vielen Bewaffneten ist es so, dass manche nur eine Armeejacke oder -hose tragen

und ansonsten zivil gekleidet sind. Die Sprache, die die Angreifer sprechen, kann schon eher einen Anhaltspunkt geben, um wen es sich handelt, denn im gesamten Kongo werden rund 250 Sprachen gesprochen, Dialekte nicht mitgezählt. Ansonsten gibt es eine Reihe von Faktoren wie den Habitus oder die Organisationsstruktur, die die Angreifer verraten. Generell hat die Bevölkerung ein relativ gutes Gespür dafür, wer sie angegriffen hat – ob zum Beispiel eine kongolesische Mai-Mai-Miliz oder ruandische Rebellen.

Warum gibt es diese abscheulichen Massaker an der Zivilbevölkerung?

Generell ist heutzutage die Normalisierung der Gewalt das Schlimmste. Nach gut 25 Jahren eines zyklischen Bürgerkriegs gibt es mindestens eine komplette Generation, die wenig anderes als Konflikt und Gewalt kennt. Das ist ein Riesenproblem für die Zukunft. Bei den Massakern ist es wichtig, genau zu schauen, wer die Opfer und wer die Täter sind, weil es auch da eine Vielfalt an Beweggründen und Dynamiken gibt. Ich habe das Gefühl, dass die Zahl der Gewaltfälle in den vergangenen Jahren angestiegen ist, aber die Opferzahlen im Vergleich

zu den großen Auseinandersetzungen in den 2000er Jahren eher abnimmt. Damals gab es sehr große Massaker, bei denen teils hunderte Zivilpersonen getötet wurden. Davon gibt es heute weniger.

Wie kann der Kongo mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft die Situation wieder in den Griff bekommen?

Ich bin überzeugt, dass es eine vernünftige Demobilisierung geben muss, bei der internationale Partner eine große Rolle spielen können. Es muss eine glaubwürdige Sicherheitssektorreform geben, wobei eine solche mit der Attitüde der Regierung steht und fällt. Darüber hinaus ist es sehr wichtig, den Konflikt zu demilitarisieren. Es gab zwar in den vergangenen Jahren keine Berichte mehr von massivem illegalem Waffenschmuggel, aber das ist mehr als ein Jahrzehnt lang geschehen, und deshalb gibt es zu viele Waffen im Kongo. Sprich es muss einen Plan geben, wie man Waffen konfiszieren und zerstören kann. Andere wichtige Punkte sind: verlässliche Regelung der Landrechte und der Konzessionen für Minen. Eine weitere Aufgabe ist es, den derzeitigen politischen Stillstand konstruktiv zu beeinflussen. Leider stellt auch die Opposition derzeit keine großartige Alternative zur Regierung dar. Die Auswahl der Instrumente wie Sanktionen oder diplomatische Wege sind begrenzt und haben bislang kaum gefruchtet. Fraglich ist, ob im Dezember 2018, wie kürzlich veröffentlicht wurde, tatsächlich Wahlen stattfinden. Es ist zwar technisch kompliziert, aber wenn ein gemeinsamer Wille da wäre, wäre es sicher möglich. Allerdings lässt das derzeitige politische Klima auch hier keinen übermäßigen Optimismus zu.

LINK
Kivu Security Tracker:
<https://kivusecurity.org>



CHRISTOPH VOGEL
arbeitet seit zehn Jahren zum Ostkongo und forscht derzeit an der Universität Zürich. Als UN-Experte bereiste er 2016

und 2017 die Region, um internationale Waffenembargos zu kontrollieren. Er betreibt die Website
<https://suluhu.org>.
chvogel@geo.uzh.ch



Die seit Jahren anhaltende Gewalt macht tausende Kongolesen zu Flüchtlingen im eigenen Land: Camp Bulengo in der Region Goma.

Jobperspektiven statt Waffen

Das Geschäft mit Kindersoldaten muss aufgehört werden. Ein Verbot von Kleinwaffen, Strafverfolgung der Täter und mehr Reintegrationsmaßnahmen wären ein erster Schritt.

Von Dirk Bathe

Im Osten der DR Kongo betreibt die Nichtregierungsorganisation World Vision das Reintegrationsprogramm „Rebound“. Dort werden in jedem Jahr 80 Kindersoldaten und zwangsprostituierte Mädchen auf ein Leben mit ziviler Perspektive vorbereitet. Sie werden psychosozial betreut, unterrichtet und in einfachen Berufen ausgebildet. Zum Abschluss erhalten sie eine Starthilfe für ihr eigenes Geschäft als Schuster, Näherinnen oder Mechaniker. Das Projekt läuft gut, bislang hat keiner der Teilnehmer den Weg zurück zu den Milizen gewählt.

80 von mehreren tausend Kindersoldaten und als Sexsklavinnen verschleppte Mädchen – das ist nicht mehr als ein Ansatz. Und die Zahl der zwangsrekrutierten Kinder wächst in zu vielen Konflikt- und Kriegsgebieten. Was kann dagegen getan werden?

1. Den Export von Kleinwaffen verbieten. Eine von World Vision mitherausgegebene Studie zeigt deutlich auf, dass von deutschen Herstellern exportierte Waffen wie Pistolen, Sturmgewehre, aber auch Pan-

zerabwehrkanonen und Mörser über Drittstaaten in Krisengebiete gelangen. 2016 betrug der Erlös dieser Kleinwaffen 47 Millionen Euro. Diese Summe ist lächerlich gering im Vergleich zum Gesamterlös von deutschen Waffenexporten: rund 7 Milliarden Euro. Doch gerade Kindersoldaten können mit Kleinwaffen ausgerüstet und an ihnen ausgebildet werden. Ein (zunächst) nationales Exportverbot kann somit mehr als nur ein Zeichen setzen.

2. Milizenführer vor Gericht stellen. Im Jahr 2012 wurde Thomas Lubanga, ein berühmter Milizenchef aus der DR Kongo, zu 14 Jahren Haft verurteilt. Er war vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen schwerer Kriegsverbrechen angeklagt, unter anderem, weil seine Miliz Kindersoldaten eingesetzt hatte. Solche Prozesse, vor allem solche Urteile, sind Ausnahmen. Sie müssen zur Regel werden. Wenn Milizenchefs Strafverfolgung fürchten müssen, werden sie den Einsatz von Kindern zumindest reduzieren. Im Dezember 2017 hat der Gerichtshof zudem seinen Opfern, den Kindersoldaten, eine Entschädigung in Millionenhöhe zugesprochen. Diese Entschädigung stammt aus einem Opferfonds und soll in Projekte zur Reintegration fließen.

3. Ebenjene Projekte sind noch viel zu selten, nicht nur in der DR Kongo. Kinder, die etwa „Rebound“ abgeschlossen

haben, sind nicht immun gegen die Rekrutierung als Soldaten oder Hilfskräfte. Aber sie sind dem Kreislauf aus Armut und Missbrauch entronnen. Sie haben gelernt, über Erlebtes zu sprechen – auch mit anderen Kindern, die mit dem Gedanken spielen, dem täglichen Hunger zu entfliehen und sich „freiwillig“ einer Miliz anzuschließen – oft in Unkenntnis dessen, was sie dort wirklich erwartet.

Es braucht mehr als die genannten Punkte, um den Wahnsinn des Kindersoldatentums zu beenden. Nicht alle ehemaligen Kindersoldaten können Näherin, Schuster, Mechaniker werden. Selbst wenn es genügend Ausbildungskapazitäten gäbe, die lokalen Märkte könnten nicht für genügend Einkommen sorgen. Deshalb sind Investitionen in Infrastruktur sowie staatliche und private Wirtschaftsinitiativen nötig. Ohne Jobs keine Perspektiven. Ohne Perspektiven droht ein Scheitern aller Reintegrationsbemühungen.

Kindersoldaten sind ein Geschäft. Für die Milizen, die mit ihrer Hilfe Dörfer plündern. Für Regierungen in Konfliktgebieten, die sich Ausbildung und Sold für reguläre Soldaten sparen und deshalb auch gar nicht interessiert daran sind, den Einsatz von Kindersoldaten wirksam zu bekämpfen. Für Waffen exportierende Firmen und für militärische Privatfirmen. Besonders perfide ist es, dass ehemalige Kindersoldaten als professionelle Söldner von diesen privaten „Sicherheitsunternehmen“ angeheuert werden. Arbeitslose ehemalige Kindersoldaten werden von europäischen und US-Unternehmen angeheuert, denn sie sind billig, ausgebildet und haben nichts zu verlieren. Sie werden beispielsweise im Irak eingesetzt. Ein umfassendes Verbot dieser Rekrutierungen ist gut, reicht aber nicht aus. Das Geschäft mit Kindersoldaten muss weltweit geächtet werden. Regierungen wie die britische und US-amerikanische, von deren Boden aus diese Sicherheitsunternehmen aus operieren, müssen unter Druck gesetzt werden. Dem Export von Waffen nach Afrika folgt der Export von Kindersoldaten aus Afrika. Und vielen weiteren Ländern, in denen Krieg herrscht.



Beim Reintegrationsprogramm „Rebound“ von World Vision werden ehemalige Kindersoldaten zum Beispiel zu Schreibern ausgebildet.



DIRK BATHE
ist Medienreferent bei World Vision Deutschland.

dirk.bathe@wveu.org

Hochriskante Aufgaben

In Indonesien spielt das Militär seit je eine große Rolle. Es entstand im Volksaufstand gegen den Kolonialismus, doch bald nach der Unabhängigkeit ergriff es in einem Putsch für drei Jahrzehnte die Macht. Dennoch setzt die aktuelle Regierung Soldaten für zivile Dinge wie etwa die Landwirtschaft ein.

Von Edith Koesoemawiria

1965 stürzte General Suharto Präsident Sukarno, der die Unabhängigkeitsbewegung angeführt hatte, und startete eine antikomunistische Kampagne, die mehr als eine Million Menschen das Leben kostete und weitere Millionen traumatisierte. Die Menschenrechte galten nicht.

1998 musste Suharto unter dem Druck einer breiten Volksbewegung abtreten. Seither zielte die Politik verschiedener Staatschefs darauf ab, dass Soldaten in den Kasernen blieben. Das Militär hatte keine politische Funktion. Mittlerweile hat aber Präsident Joko Widodo – bekannt unter dem Spitznamen „Jokowi“ – umgedacht und setzt es für zivile Aufgaben einschließlich der Agrarproduktion ein.

Bald nach Amtsantritt versprach er 2014, mehr als bislang 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung dem Militärhaushalt zu widmen, falls ökonomisches Wachstum das erlaube. Voriges Jahr waren es dann tatsächlich nur 1,2 Prozent (umgerechnet etwa 8,2 Milliarden Dollar), aber die Streitkräfte verfügen über viel mehr Geld, denn ihnen gehören viele Privatunternehmen.

Vielen Indonesiern gefällt Jokowi's Ansatz, und nationale Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist in der Tat ein sinnvolles Ziel. Anderen behagt die neue Politik jedoch nicht. Sie wissen noch genau, dass manche Militärs sowie die „Babasina“ – niedrigrangige Soldaten, die in den Dörfern stationiert waren – landesweit als Arm des Suharto-Regimes dienten und dessen Befehlen über-eifrig folgten.

Die Kernaufgabe des Militärs ist, das Land vor äußeren Bedrohungen zu schützen. Laut Nur Kholis von der nationalen Menschenrechtskommission darf

die Regierung aber auch auf das Militär zurückgreifen, wenn die innere Sicherheit ernsthaft bedroht ist. Natürlich bestehen die Streitkräfte aus Menschen, die Fehler machen können. In Stresssituationen oder aus Machtpositionen heraus werden sie mit derselben Wahrscheinlichkeit wie andere Menschen weltweit gewalttätig.

Die Landwirtschaft ist ein sensibler Wirtschaftszweig. Auf einigen dicht besiedelten Inseln Indonesiens sind die Bauernhöfe recht klein. Massen landloser Arbeiter verdingen sich als Tagelöhner. In den meisten Agrarregionen sind nur zwei Ernten pro Jahr möglich, die Jokowi-Regierung sieht aber drei Ernten als Ziel.

Seit zwei Jahren hat das Militär ein Regierungsmandat, die landwirtschaftliche Produktion zu überwachen. Diese Politik kann große Probleme auslösen. Aus manchen Gegenden wurde auch über Spannungen berichtet – zum Beispiel aus Aceh, einer Provinz mit von Gewalt geprägter Vergangenheit. Generell wurden diese Spannungen aber friedlich gelöst, und aus manchen Gegenden wurde über eine Art Kameradschaft zwischen Truppen und Bauern berichtet.

Positiv ist sicherlich, dass Indonesien seit zwei Jahren keinen Reis importieren musste und die Weizeneinfuhren deutlich

zurückgegangen sind. Die Regierung fördert sinnvollerweise Digitalisierung und setzt auf die Diversifizierung des Grundnahrungsmittelanbaus. Es wäre aber falsch, auf Monokulturen, dem Großeinsatz von Dünger oder dem genetisch modifizierten Saatgut des amerikanischen Konzerns Monsanto zu bestehen. Es darf nicht vergessen werden, dass im Zuge der „grünen Revolution“, die Suharto propagierte, viele Bauern in Armut und Schulden versanken.

Jokowi will in erster Linie Indonesiens Wirtschaftsaussichten verbessern. Der Ausbau der Infrastruktur und Lebensmittelsicherheit haben dabei zentrale Bedeutung. Beruhigenderweise scheint der Präsident das Militär im Griff zu haben. Vor einiger Zeit ersetzte er Oberbefehlshaber Gatot Nurmantyo, der politischen Ehrgeiz gezeigt hatte, durch Luftwaffenchef Hadi Tjahjanto, der für seine Reformorientierung bekannt ist. Tjahjanto hat sich beispielsweise für die Professionalisierung der Truppen sowie für Korruptionsbekämpfung ausgesprochen.

Der Rhetorik des neuen Oberbefehlshabers müssen nun Taten folgen. Es gibt Fälle von skrupellosen Soldaten, die illegale Aufträge von Großunternehmen angenommen und in diesem Kontext Gewalt ausgeübt haben. Berichte über solche Straftaten zeigen, wie riskant Jokowi's Politik ist.



EDITH KOESOEMAWIRIA
ist freie Journalistin.

hidayati@gmx.de



Präsident Joko Widodo (Mitte) gibt den Streitkräften auch zivile Aufgaben.

„Wenn sie nicht aufeinander schießen müssen, verstehen sie sich sehr gut“

Pakistan hat seit 1947 vier Kriege gegen Indien geführt und verloren – dreimal ging es um Kaschmir und einmal um die Unabhängigkeit Bangladeschs. Warum das pakistanische Militär trotz der Niederlagen innenpolitisch weiterhin starken Einfluss nimmt, erklärt Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Christian Wagner im Interview mit Hans Dembowski

US-Präsident Donald Trump hat Anfang Januar angekündigt, Mittel für die Sicherheitszusammenarbeit mit Pakistan zu streichen, weil Islamabad ein Doppelspiel betreibe und Terroristen unterstütze. Ist das ein vernünftiger Schritt?

Der Tweet des US-Präsidenten ist ein Affront und eine schwere Belastung für das bilaterale Verhältnis. Der Vorwurf ist nicht neu, sondern prägt die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen seit längerem. Es ist noch nicht klar, ob sich Trump damit von Pakistan abwenden oder nur den Druck auf die dortige Regierung erhöhen will, enger mit den USA zu kooperieren. Pakistan hat seinerseits angekündigt, es werde den USA keine Geheimdienstinformationen mehr weitergeben. Es kann zudem noch die Nachschubwege für US-Truppen in Afghanistan blockieren. Pakistan verfügt über enge Beziehungen zu China und konnte in der Vergangenheit immer wieder die beiden Großmächte gegeneinander ausspielen. Wenn aber die Konfrontation mit den USA zunimmt, verringert die wachsende Abhängigkeit von China auch den außenpolitischen Handlungsspielraum Pakistans.

Richtig ist aber, dass es in Pakistan einen tiefen Staat aus Militär und Geheimdiensten gibt, der islamistische Gruppen unterstützt?

Die große innenpolitische Bedeutung von Militär und Geheimdienst würde in Pakistan wohl niemand abstreiten. In welchem Maße aber das Militär immer noch die Islamisierung fördert, lässt sich nicht mehr so eindeutig sagen. Das Militär hat Pakistan seit der Unabhängigkeit 1947 jahrzehntelang regiert. Es ist ein Staat im Staat, der die Grenzen der Politik bestimmt. In dieser Karsenhofdemokratie unterliegt das Militär keinem Primat der Politik und wird auch nicht vom Parlament kontrolliert. Sein Firmenimperium macht es zum größten Unternehmer des Landes. Es hat lange – besonders in den siebziger und achtziger Jahren unter dem Diktator Muhammad Zia-ul-Haq – die Islamisierung in Pakistan vorangetrieben. Andererseits haben die Streitkräfte im Kampf gegen die pakistanischen Taliban und andere aufständische Gruppen in den letzten Jahren weit mehr Verluste erlitten

als die westlichen Truppen in Afghanistan. Auch das pakistanische Militär sieht heute den islamistischen Terrorismus im Land als größtes Problem.

Historisch haben die Streitkräfte von Pakistan, Indien und Bangladesch dieselben Wurzeln in der britischen Kolonialarmee. Einen Staat im Staat bildet das Militär aber nur in Pakistan. Was ist dort anders gelaufen?

Nach der Unabhängigkeit 1947 stellte in Indien die Kongresspartei unter Premierminister Jawaharlal Nehru eine starke Regierung. Die neue Verfassung trat bereits 1950 in Kraft. Nehru achtete stets darauf, dass der Verteidigungsminister ein Zivilist war, und setzte so das Primat der Politik gegenüber dem Militär durch. In Pakistan gab es hingegen keine starke Partei, und der Staatsgründer Mohammed Ali Jinnah starb bereits 1948. Die Parteien konnten sich nicht auf eine Verfassung verständigen. Die Vertretung der verschiedenen ethnischen Gruppen und die Frage nach der Rolle des Islam in Staat und Gesellschaft waren kontroverse Punkte. Das Militär nutzte die innenpolitischen Wirren und ergriff mit dem Putsch von General Muhammad Ayub Khan 1958 erstmals die Macht.

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit und noch mal in den 1960er Jahren schlugen



Soldaten vor dem Mausoleum von Pakistans Staatsgründer Mohammed Ali Jinnah in Karachi.

indische Truppen ihre pakistanischen Gegner. Dann machte ein blutiger Befreiungskrieg 1971 aus dem rund 2000 Kilometer entfernten Ostpakistan den neuen souveränen Staat Bangladesch. Warum hat die Macht des Militärs in Pakistan nicht darunter gelitten?

Pakistan war 1947 auf der Grundlage der gemeinsamen Religion, des Islam, gegründet worden. Doch die Idee der Gründerväter scheiterte an den ethnischen Spannungen zwischen der Bevölkerungsmehrheit der Bengalen in Ostpakistan und der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elite in Westpakistan. Nach den ersten demokratischen Wahlen 1970 kam es zum Bürgerkrieg, der Ende 1971 zur Abspaltung Ostpakistans und der Gründung Bangladeschs führte. Aus westpakistanischer Perspektive war die Ursache für die Abspaltung von Ostpakistan, dass der Islam zu wenig betont worden war. Die neue pakistanische Regierung förderte deshalb nach 1972 den Islam. Allerdings gab es auch in Pakistan Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, vor allem zwischen der Mehrheit der Punjabis und den Sindhis, Belutschen und Paschtunen. Nach dem Militärputsch 1977 forcierte General Zia-ul-Haq die Islamisierung des Landes. Durch die sowjetische Invasion in Afghanistan wurde Pakistan über Nacht zum Frontstaat für die amerikanische Außenpolitik. Die USA und die Golfstaaten unterstützten die Ausbildung der islamistischen Gruppen

in Pakistan, die gegen die Rote Armee in Afghanistan kämpften.

In Bangladesch hat das Militär mehrmals geputscht, und Mohammed Hussain Ershad hielt sich sieben Jahre lang an der Macht. Dennoch spielen die Streitkräfte politisch längst nicht so eine wichtige Rolle wie in Pakistan. Woran liegt das?

In Pakistan ist es dem Militär immer wieder gelungen, eine der großen Parteien zu kooptieren, sodass es nie eine geschlossene zivile Opposition gab. Ershads Herrschaft ging dagegen zu Ende, als sich die beiden großen Parteien Bangladeschs gegen ihn verbündeten. Ihre gemeinsamen, wochenlangen Proteste 1990/91 brachten das Militärregime zu Fall. Zudem ist Bangladesch ein ethnisch sehr homogenes Land. Über 90 Prozent der Bevölkerung sprechen Bengali. Es gibt, von den Chittagong Hill Tracts abgesehen, nicht die Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen wie in Pakistan. Der Islam spielte für die Identität Bangladeschs zunächst eine geringe Rolle. So betonte die erste Verfassung den säkularen Charakter des Landes. Schließlich hatte Bangladesch deutlich bessere bilaterale Beziehungen zu Indien. Die indische Intervention verhalf den aufständischen Bengalen in Ostpakistan zum Sieg über Pakistan im Dezember 1971.

2014 hat Mohammed Humayun Kabir in E+Z/D+C (Januar-Ausgabe, S. 20) ausgeführt, dass die vielen Friedenseinsätze, an

denen Truppen aus Bangladesch beteiligt sind, relevant sind. Er nannte dafür mehrere Gründe. Beispielsweise übernahmen die Soldaten bei solchen Einsätzen internationale Vorstellungen von guter Regierungsführung. Zudem böten Friedensmissionen Aussicht auf Geld und neue Karrierechancen, und die Generäle hätten kein Interesse daran, dass innenpolitische Verwicklungen solche Perspektiven durchkreuzten. Pakistanische Truppen nehmen zwar auch an Friedenseinsätzen teil, aber für das innenpolitische Kalkül des dortigen Militärs scheint das keine Rolle zu spielen.

Das ist richtig. Allerdings versteht sich das pakistanische Militär im Unterschied zu Bangladesch weiterhin als zentraler politischer Akteur. Deshalb bewirken die Anreize von Friedensmissionen keine erkennbare Verhaltensänderung. Es ist aber bemerkenswert, dass auch Indien Friedenstruppen stellt und dass Blauhelme aus Indien, Pakistan und Bangladesch bei gemeinsamen Einsätzen in der Regel gut miteinander kooperieren. Wenn sie nicht aufeinander schießen müssen, verstehen sie sich im Ausland sehr gut.



CHRISTIAN WAGNER
ist Südasien-Experte der
Stiftung Wissenschaft und
Politik.

christian.wagner@swp-berlin.org

Jahrzehnte der Militärherrschaft

Seit 1947 wurde Pakistan dreimal von Militärdiktaturen regiert. Sie nutzten manchmal fadenscheinige Wahlen oder bizarre Verfassungsklauseln, um den autoritären Charakter ihrer Macht zu verbergen.

Muhammed Ayub Khan putschte 1958. Die Verfassung, die nur zwei Jahre zuvor beschlossen worden war, wurde ausgesetzt. 80000 Wahlmänner bestätigten ihn im Präsidentenamt, wurden aber nur

gefragt, ob sie ihm trauten. Khan regierte bis 1969, schloss ein Militärbündnis mit den USA und führte einen Krieg mit Indien um Kaschmir, der mit einem von Moskau vermittelten Waffenstillstand endete.

1977 ergriff Mohammed Zia-ul-Haq die Macht. Der abgesetzte Premier Ali Zulfikar Bhutto wurde zwei Jahre später zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zia-ul-Haq betrieb Islamisierung und unterstützte

die Muhajedin im Kampf gegen die Rote Armee in Afghanistan. Zugleich aber wandte er sich gegen muslimische Minderheiten wie die Ahmadis und die Schiiten. Er band Pakistan enger an die USA, betrieb aber zugleich ein Atomprogramm, das 1998 erfolgreiche Tests von Nuklearwaffen ermöglichte. Zia-ul-Haq selbst starb 1988 bei einem Flugzeugabsturz.

Pervez Musharraf stürzte 1999 Premierminister Nawaz Sharif, als dieser ihn als obersten Befehlshaber wegen des gescheiterten Feldzugs in Kaschmirs Kargil-Region abberufen

wollte. Musharraf war bis 2008 Präsident. Washington hielt ihn zunächst für einen Verbündeten im Kampf gegen die Taliban; dann wuchsen die Zweifel, weil sein Geheimdienst offensichtlich weiterhin Kontakt mit islamistischen Militanten pflegte.

Bangladesch hat Pakistan, was die Indikatoren für menschliche Entwicklung angeht, längst überholt. In Pakistan ist derweil das Militär – sowohl was die Ausrüstung als auch die politische Bedeutung angeht – ungleich stärker als in Bangladesch. (E+Z/D+C)

Wächter der Monarchie

Seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 gab es in Thailand 13 erfolgreiche Coups. Der jüngste im Mai 2014 hat die Freiheiten und Rechte der Menschen stark beschnitten. Die Armee sieht sich selbst als Wächter der Monarchie. Sie untersteht keiner zivilen Kontrolle – und ihre Herrschaft wird wohl nicht so bald enden.

Von Siwach Sripokangkul und John Draper

Vor zweieinhalb Jahren hat die thailändische Armee die gewählte Regierung von Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra in einem unblutigen Putsch gestürzt (s. Kommentar von Katja Dombrowski in E+Z/ D+C e-Paper 2015/05, S. 40). Seitdem klebt General Prayut Chan-ocha an der Macht. Unter seiner Herrschaft wurden hunderte Zivilisten vor Militärgerichte gestellt. Die Junta hat jegliche Opposition unterdrückt, kürzlich eine Verfassung verabschiedet, der zufolge der Senat vom Militär ernannt wird, und arbeitet an einem 20-Jahres-Plan, der der Armee dauerhafte Kontrolle sichert.

Ähnlich wie die Streitkräfte von Ländern wie Pakistan und Ägypten hält sich die thailändische Armee für den Garanten von Souveränität und dem, was sie Demokratie nennt. Der Unterschied besteht darin, dass

sie außerdem Thailands Monarchie sichert. Die Royal Thai Army wurde in den 1890er Jahren unter dem absolut herrschenden König Chulalongkorn geschaffen, um den Thron zu beschützen – was damals das Gleiche war wie der Staat.

Außerdem ist der König per Definition ein Buddhist. Er wird als so genannter Chakravartin angesehen, als buddhistischer Weltherrscher. Sein Symbol ist der Smaragd-Buddha, der einen eigenen Tempel im Königspalast in Bangkok hat.

Die absolute Monarchie endete 1932. Im selben Jahr erhielt Thailand seine erste Verfassung, der zufolge die Armee dem Staat unterstellt ist. Der König hatte nun – in der konstitutionellen Monarchie – nur noch symbolische Bedeutung. Doch die feudale Vorstellung, dass die Armee direkt dem König dient, erfuhr unter dem Militärdiktator Sarit Thanarat, der von 1957 bis 1963 regierte, neuen Auftrieb. Im Kampf gegen den Kommunismus verband er die Ideologie des Etatismus mit der des gottgleichen Königs. Das moderne Thailand basiert auf der Vorstellung, dass Nation, Monarchie und Religion eine Einheit bilden.

In der Hierarchie des thailändischen Militärs sind die Garden des Königs und der Königin die Eliteeinheiten, aus denen

die obersten Befehlshaber hervorgehen. Mitglieder dieser Einheiten nehmen traditionell hohe Positionen im Staat ein und sehen sich selbst ausschließlich als Soldaten des Königs beziehungsweise der Königin, die keiner zivilen Kontrolle unterstehen. Oberstleutnant Sanyalak Tangsiri, der am Putsch 2006 beteiligt war, sagte danach: „Wir sind bereit, das zu tun, was der König will. Wir sind die Soldaten Seiner Majestät.“

Die Armee behält sich das Recht vor, zivile Regierungen aus Gründen der nationalen Sicherheit abzusetzen. Sie versteht sich als politische Kraft, was auch im Gesetz zur inneren Sicherheit (Internal Security Act) von 2008 institutionell manifestiert ist. Demnach hat das Militär die Aufsicht über die Antikorruptionskommission des Landes, über das Department of Special Investigation (eine wichtige Strafverfolgungsbehörde), und über die Antigeldwäschezentrale (Anti-Money Laundering Office – AMLO).

Die „Zwölf Grundwerte der Thailänder“ aus der Feder von General Prayut durchdringen nun das Bildungssystem. Soldaten bilden Schulkinder in Uniform aus, um ihnen Disziplin und Gehorsam beizubringen.

Im Grunde genommen agiert das thailändische Militär – nach eigener Auffassung – wie ein Feudalreich innerhalb eines quasi-imperialen Staates. Es hebt sein eigenes Budget nach jedem Coup an, verwaltet seine Finanzen unabhängig und hat sogar eigene Unternehmen. All das geschieht ohne zivile Kontrolle. Die Armee betreibt auch ihre eigenen Fernseh- und Radiosender und macht mit ihnen Propaganda. Derzeit wirken Ultranationalisten darauf hin, dass das Militär eine politische Partei gründet. Es sieht nicht danach aus, als würde der „Staat im Staate“ so bald abtreten.



Der thailändische König Maha Vajiralongkorn (Mitte) und eine Ehrengarde bei einer Zeremonie für den verstorbenen König Bhumibol Adulyadej im Oktober 2017.



SIWACH SRIPOKANGKUL
ist Teil der Forschungsgruppe
Local Affairs Administration
am College of Local
Administration, Khon Kaen

University, Thailand.

siwach1980@hotmail.com



JOHN DRAPER
gehört zu derselben
Forschungsgruppe.

johnldr@kku.ac.th

Küstenwache oder Paramilitär?

Die globalen Unruheherde sind spürbar an das „sichere Europa“ herangerückt: Durch die Zuwanderung von Menschen aus Kriegs- und Katastrophengebieten hat sich der Migrationsdruck erhöht. Da sich die verschlungenen Fluchtwege der irregulär Einreisenden weder über die Mittelmeeranrainer noch über die kontinentalen Außengrenzen der Europäischen Union (EU) effektiv kontrollieren lassen, wurde bereits im Jahre 2005 ein Instrument zur operativen Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen geschaffen: Frontex. Die Agentur ist jedoch umstritten.

Von Oliver Harry Gerson

Frontex ist gemäß ihrer Grundidee keine Grenzpolizei, sondern eine sogenannte „Agentur der Europäischen Union“, also eine Einrichtung des europäischen öffentlichen Rechts. Ihre originäre Aufgabe besteht darin, die Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedsstaaten bei deren Einsätzen an den europäischen Außengrenzen zu koordinieren. Frontex arbeitet „zu Wasser, zu Land und in der Luft“, bildet Task Forces und organisiert großräumige Einsätze, sogenannte

Operationen. Eine weitere Aufgabe besteht in der Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Rückführung irregulär eingereister Migranten.

Im September 2015 forderten die EU-Staats- und -Regierungschefs, noch weit aus intensivere Kontrollen an den Außengrenzen einzuführen. Die Agentur erhielt dadurch von Seiten der EU weitere operative Befugnisse und kann sich trotz stagnierender Flüchtlingszahlen eines stetig steigenden Budgets erfreuen: 2013 betrug es 86 Millionen Euro, 2016 waren es schon 254 Millionen Euro. Eine weitere Folge dieser Solidarisierung der Staaten ist die Verordnung (EU) 2016/1624 vom 14.09.2016 (im Folgenden „VO“), die eine „Europäische Grenz- und Küstenwache“ ins Leben gerufen hat: die „neue“ Frontex-Agentur.

Schon die „alte“ Frontex stand oft im Kreuzfeuer der Kritik. Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen warfen ihr Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel menschenrechtswidrige „Push-Back“-Operationen und Verstöße gegen international geltendes Flüchtlingsrecht vor. Der Interessenwiderstreit – Flüchtlingsschutz

versus Grenzschutz – lässt sich besonders tragisch an Europas Seegrenzen beobachten.

Schon im Jahr 2013 wies der Europarat auf Menschenrechtsverletzungen durch Frontex hin und monierte „Transparenzprobleme bezüglich Operationen und Aktivitäten“. Es gebe auch einen „Mangel an genauer demokratischer Prüfung, zum Beispiel, wenn Frontex Übereinkünfte mit Drittstaaten bezüglich Grenzkontrollen, Abfangen und Rückführung von Menschen aushandelt“. Manche zivilgesellschaftlichen Organisationen nennen Frontex sogar den „paramilitärischen Arm Europas“ gegen die Migration aus Afrika.

Vor allem dieser letzte Vorwurf trifft jedoch nur bedingt zu. Einerseits ist er sprachlich missglückt, denn das Prädikat „paramilitärisch“ ist aufgrund der negativen Konnotation nur äußerst behutsam zu verwenden: „paramilitärisch“ bedeutet nicht automatisch „illegal“. Andererseits wird dadurch die institutionelle Einbindung der Agentur in das Unionsrecht und internationale Standards missachtet. Frontex gleicht nur rudimentär einer europäischen Grenzpolizei und stellt auch kein europäisches Militär dar, allein schon deshalb, weil die EU kein Staat mit einer geschlossenen und vollharmonisierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist.

Da die Mitgliedstaaten ihre Grenzen weiterhin in eigener Verantwortung sichern, ist Frontex lediglich eine Art Vollzugsorgan, das die beschränkten Kompetenzen der EU in Bezug auf die Grenzpolitik umsetzt. Hinzu kommt, dass die institutionelle und rechtliche Einbindung der Agentur dem irregulären und anmaßenden Machtanspruch zuwiderläuft, den die Bezeichnung „Paramilitär“ suggeriert. Gleichwohl hat sich Frontex in den vergangenen Jahren erheblich verändert (siehe Kasten, S. 35).

OPERATIVE STÄRKUNG

Korrekt ist, dass die operativen Befugnisse von Frontex ständig gewachsen sind. Die Agentur übernimmt inzwischen auch materiell-polizeiliche Aufgaben. Richtig ist auch, dass Frontex eigenes Equipment – zum Beispiel Boote, Hubschrauber und Manpower – zur Unterstützung der nationalen Grenzpatrouillen vorhält. Der Vorwurf des Paramilitarismus wäre jedoch nur dann zutreffend, wenn die Agentur Operationen ohne



Viele Flüchtlinge kommen aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa. Eine der Aufgaben von Frontex besteht darin, das zu verhindern.

Sicherung der EU-Grenzen

Die Einrichtung zur Sicherung der europäischen Außengrenzen heißt mit vollständigem Namen „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU“, genannt Frontex (abgeleitet aus dem Französischen „frontières extérieures“ – Außengrenzen). Sie führt multinationale Kontroll- und Überwachungseinsätze zu See, Land und an Großflughäfen durch. Einer der Schwerpunkte der Arbeit lag in den vergangenen Jahren auf Seepatrouillen im Mittelmeer. Die Aufgaben von Frontex haben sich seit ihrer Gründung im Jahre 2005 verändert. Insbesondere sind die Kompetenzen und Befugnisse der Agentur erweitert worden.

ALTES MODELL: ANALYSE, KOORDINATION, UNTERSTÜTZUNG

Die Aufgabenbeschreibung der Agentur umfasste ursprünglich nahezu ausschließlich analytische, koordinierende und unterstützende Tätigkeiten. Frontex sollte Daten und Informationen über illegale Migration und grenzüberschreitende Kriminalität sammeln und auswerten. Risiken sollten abgeschätzt und drohende Verstöße präventiv bekämpft werden.

Da Frontex keine Polizei im institutionellen Sinne darstellt – das heißt, keiner echten Staatsgewalt untergliedert ist –, war die Agentur darauf beschränkt, die Einsätze der Grenzschilder der Mitgliedstaaten zu koordinieren. Durch Bereitstellung von Soforteinsatzteams (Rapid Border Intervention Teams – RABITs)

konnten Operationen rasch vollzogen werden. Frontex war seitdem nicht nur auf See tätig, sondern auch bei der Überwachung von Flughäfen und an den Binnengrenzen aktiv. Eine weitere Aufgabe bestand in der Unterstützung der EU-Staaten bei der Rückführung irregulär eingereister Migranten.

NEUES MODELL: EUROPÄISCHE GRENZ- UND KÜSTENWACHE

Nach Übereinkunft der Mitgliedstaaten und mit Erlass der neuen „Frontex-VO“ wur-

starke Mannschaft bestellt. Die neu geschaffene „Europäische Grenz- und Küstenwache“ besteht nun aus der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache („alte“ Frontex) und den für die Grenzverwaltung zuständigen nationalen Behörden einschließlich der Küstenwache, soweit sie mit Aufgaben der Grenzkontrolle betraut ist. Die neu aufgestellte Frontex bleibt dieselbe juristische Person bei vollständiger Kontinuität aller vormaligen Tätigkeiten und Verfahren.

Hauptaufgabe der Agentur ist weiterhin die Ausarbeitung technischer und operativer Strategien zur Einführung einer integrierten Grenzver-

operative Hilfe in der Seenotrettung sowie die Organisation von Rückkehrereinsätzen. In dringenden Fällen können die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit angehalten werden, die Agentur also ohne Antrag des Mitgliedstaats in Aktion treten. Die Weisungshoheit verbleibt jedoch auch dann beim Einsatzstaat. Die Agentur muss eine Schwachstellenbeurteilung der Außengrenzen durchführen und ihre Risikoanalyse optimieren. Sie ist dabei in allen technischen und operativen Fragen unabhängig sowie zugleich rechtlich, administrativ und finanziell autonom. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind allerdings



Das britische Küstenwachtschiff HMC Protector, hier im Hafen von Catania auf Sizilien, war 2017 im Auftrag von Frontex im Mittelmeer unterwegs.

de die Agentur seit Ende 2015 personell und finanziell ausgebaut. Als Einsatztruppe wurde eine stehende, 1500 Mann

waltung, der Einsatz in Situationen, in denen dringendes Handeln an den Außengrenzen geboten ist, die technische und

im Verwaltungsrat – quasi der Leitung der Frontex – vertreten, um sie zu beaufsichtigen. (ohg)

hinreichende Ermächtigung durchführen würde. Das allerdings ist mehr als fraglich, da die neue Frontex-VO der Agentur ein sehr weitgehendes Mandat erteilt.

Frontex ist rechtmäßig zur Unterstützung des Grenzschutzes berufen. Die Hauptverantwortung für den Schutz der Außengrenzen verbleibt jedoch auch nach der Neuaufstellung von Frontex bei den Mitgliedsstaaten. Die Agentur ist zudem gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat rechenschaftspflichtig. Auch agiert sie nicht im rechtsfreien Raum. Vielmehr spielen sich der Grenzschutz und das damit verbundene Aufgreifen von Flüchtlingen und anderen irregulären Migranten geografisch und rechtlich in einer Zone ab, in der zahlreiche Rechtsmassen aufeinandertreffen.

Menschen aus Drittländern haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Einreise in die EU. Dies bedeutet allerdings nicht, dass immigrierenden Drittstaatsangehörigen keine Rechte zustünden. Grenzschützer sind zur Einhaltung von Mindeststandards verpflichtet und müssen internationales Recht achten. Unterschiedliche Regime des Völkerrechts (zum Beispiel das Internationale Seerecht und die Genfer Konventionen) und des Europarechts (Uni-

onsrecht wie die EU-Grundrechtecharta und Sekundärrechtsakte wie die Verordnung [EU] Nr. 656/2014 [Seeaußengrenzenverordnung]) überlagern die Situation auf dem Meer. Zudem gelten uneingeschränkt die europäischen Grundrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention. Selbst außerhalb des EU-Territoriums können Einsatzkräfte ihre Verantwortung nicht abwälzen, da eine sogenannte „extraterritoriale Wirkung von Menschenrechten“ angenommen wird.

Dadurch sind allerdings längst nicht alle Probleme gelöst. Vor allem, weil weiterhin nur die Symptome und nicht die Fluchtursachen bekämpft werden. Amnesty International weist zu Recht auf die „humanitäre Katastrophe“ im Mittelmeer hin, wo alljährlich Tausende von Menschen bei dem Versuch ertrinken, mit seeuntüchtigen Booten von Nordafrika oder der Türkei in ein EU-Land zu gelangen. Frontex ist nicht der Auslöser dieser Tragödie. Wirklich abhelfen kann es jedoch auch nicht.

AUSBLICK

Flucht nach und Asyl in Europa müssen weiterhin möglich sein. Zugleich bedarf es

einer geregelten, rechtsstaatlichen Sicherung der Außengrenzen, denn ein geeintes Europa ist nur unter fortwährender Garantie der Sicherheit seiner Bürger möglich.

Allerdings bröckelt das Image des Kontinents – ist es ein „Europa ohne Grenzen“ oder eine „Festung Europa“? Frontex hat durch intransparente Öffentlichkeitsarbeit über lange Zeit zu dieser heiklen Außenansicht beigetragen. Zugleich bleibt das alte Problem auch der neu aufgestellten Frontex erhalten: Eine Küstenwache – egal ob paramilitärisch oder nicht – bekämpft ausschließlich die Symptome, nicht aber die Ursache der Flüchtlingsbewegungen. Die Schaffung noch weiter gehender operativer Befugnisse von Frontex ist zudem kritisch zu bewerten, da zu große Machtfülle ohne Kontrollmechanismen eine Selbstermächtigung der Agentur begünstigt.



OLIVER HARRY GERSON
ist Rechtsassessor und
wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Lehrstuhl für Deutsches,
Europäisches und

Internationales Strafrecht an der Universität
Passau.

oliver.gerson@uni-passau.de



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



Hand in Hand zum Erfolg

Sicherheit und Entwicklung bilden die Grundlagen für dauerhaften Frieden. Sicherheit gibt es nur, wenn Entwicklung greift, und für Entwicklung ist Sicherheit unerlässlich. Dieser Zusammenhang sollte sich in einem koordinierten Einsatz ziviler und militärischer Mittel bei der Bewältigung internationaler Krisen widerspiegeln.

Von Tinko Weibezahl

In Deutschland herrscht Misstrauen zwischen der Bundeswehr und zivilen entwicklungspolitischen Akteuren. Das ist zum einen historisch begründet: Nach dem Ende des Nationalsozialismus, der Überhöhung alles Militärischen und den schrecklichen im deutschen Namen verübten Verbrechen war eine positive Wahrnehmung deutscher militärischer Auslandseinsätze lange unmöglich. Zudem wies der Kalte Krieg der Bundeswehr die ausschließliche Rolle der Landesverteidigung zu.

Andererseits war Sicherheitspolitik in der Entwicklungshilfe über viele Jahrzehnte kaum ein Thema. Es gab wenig Berührungspunkte zwischen militärischen Einsätzen und humanitärer oder technischer Hilfe. Dieses „nebeneinander statt miteinander“ hat sich zum Teil bis heute bewahrt. Es wird verstärkt durch Ressentiments auf beiden Seiten, die nicht erst im Einsatzland beginnen, sondern sich schon in den zuständigen Bundesministerien für Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abbilden. Man spricht sich nicht nur gegenseitig Kompetenzen ab, sondern die Ressorts konkurrieren auch um Bundesmittel. Aktuell zeigt das die politische Diskussion um das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, gegenüber der UN-Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungshilfe zu investieren.

Die Bundeswehr unterliegt einer vorbildlichen demokratischen Kontrolle. Be-

fehls- und Kommandogewalt liegen bei der Politik. Die Regierung macht keine Politik für die Bundeswehr, sondern diese steht der Politik als Mittel zur Verfügung. Deutschland gestaltet seine Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch mit Hilfe der Bundeswehr. Somit ist ein militärischer Einsatz nicht nur an die Zustimmung des Parlamentes gebunden, sondern muss auch in der Öffentlichkeit immer wieder neu begründet werden.

INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Seit Ende des Kalten Krieges ist die Verantwortung Deutschlands im internationalen sicherheitspolitischen Geschäft gestiegen. Die wachsende Zahl von Flüchtlingen, insbesondere aus Afrika, der partielle Rückzug Amerikas als globale Interventionsmacht und das Gefühl einer gestiegenen Anzahl bewaffneter Konflikte bestimmen den öffentlichen Diskurs. Aber auch rund zwei Jahrzehnte nach dem ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr scheint die Notwendigkeit einer neuen Rolle Deutschlands in der Weltpolitik noch nicht in der Gesellschaft angekommen zu sein.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte sich schon kurz nach ihrem



Soldaten aus Niger in einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung in Niamey.

Amtsantritt im Dezember 2013 für eine stärkere militärische Präsenz Deutschlands in Afrika ausgesprochen und diese vor allem mit altruistischen Motiven begründet: „Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, schon allein aus humanitären Gründen. In Zentralafrika entfaltet sich ein blutiger Krieg zwischen Christen und Muslimen. Wir können nicht zulassen, dass der Konflikt die ganze Region in Flammen setzt“, sagte sie in einem Interview. Fast zeitgleich sprachen sich auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck und Ex-Außenminister Frank-Walter Steinmeier während der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 energisch für die Übernahme von mehr militärischer Verantwortung in Krisengebieten aus.

Solche neuen Töne ernteten zwar das Lob der internationalen Partner, lösten aber im Inland gemischte Reaktionen aus. Aus Politik und Wissenschaft kamen positive Kommentare, doch die Mehrheit der Bevölkerung lehnte weitere Bundeswehr-Einsätze ab. In einer Umfrage im Januar 2014 sagten 45 Prozent der Befragten, Deutschland tue militärisch bereits zu viel, 30 Prozent hielten das Engagement für „genau richtig“. Zum Zeitpunkt der Befragung waren rund 5000 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz, die überwiegende Mehrheit in Afghanistan. Derzeit sind es etwas mehr als 3500.

Militärische Einsätze mit eigenen sicherheitspolitischen oder gar wirtschaftlichen Interessen zu begründen, kommt in Deutschland nicht gut an. Der frühere Bundespräsident Horst Köhler musste zurücktreten, nachdem er auf dem Rückflug von einem Besuch in Afghanistan gesagt hatte, im Notfall sei auch „militärischer Einsatz notwendig, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Diese Aussage hatte bei seinen Kritikern einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

KRISEN BEDROHEN EUROPA

Bürgerkriege und andere Krisen, etwa auf dem afrikanischen Kontinent, bedrohen indirekt in zunehmendem Maße die Sicherheit Europas: Flüchtlingsbewegungen führen zu illegaler Migration, staatsfreie Räume bieten Rückzugsgebiete für Terrorismus und organisierte Kriminalität. Der Schutz der natürlichen Ressourcen Afrikas und der Lebensgrundlagen der Menschen

liegt ebenfalls im Eigeninteresse Europas. Lösungen für derartige mehrdimensionale Herausforderungen können sich nicht auf einzelne Maßnahmen beschränken und nicht in erster Linie militärischer Natur sein. Vielmehr müssen entwicklungspolitische, diplomatische und militärische Maßnahmen eng abgestimmt gebündelt zum Einsatz kommen.

Diese Erkenntnis hat sich in den vergangenen zehn Jahren durchgesetzt und spiegelt sich zum Teil im Umgang mit internationalen Krisen wider. In Mali beispielsweise ergänzen entwicklungspolitische Maßnahmen die Ausbildungsmission der EU (EUTM Mali), an der deutsche Soldaten maßgeblich beteiligt sind (siehe hierzu auch den Beitrag von Julia Egleder, S. 39). Die UN-Unterstützungsmission MINUSMA umfasst den gemeinsamen Einsatz von Soldaten, Polizisten und Zivilisten. Während die Bundeswehr einen Beitrag zur Stabilisierung des Landes und zum Kapazitätsaufbau der Streitkräfte leistet, fördern entwicklungspolitische Maßnahmen die staatlichen Strukturen bis hinunter auf die Gemeindeebene und tragen dazu bei, die Lebensperspektiven für die Bevölkerung zu verbessern. Und in Berlin stimmen sich die zuständigen Ministerien kontinuierlich ab.

Die Rolle des Militärs im Rahmen einer modernen Sicherheitspolitik sollte nicht ausschließlich auf die Entsendung von Soldaten in Stabilisierungs- oder Interventionseinsätzen, also auf die militärischen Fähigkeiten, beschränkt sein. Vielmehr sollten Expertise und Kontakte, die die Bundeswehr durch eine jahrzehntelange Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften in Entwicklungsländern gesammelt hat, außen-, sicherheits- und entwicklungspolitisch nutzbar gemacht werden. Dazu braucht es einen ressortübergreifenden Ansatz, in dem staatliche Handlungs- und Steuerungsinstrumente der Sicherheitspolitik verzahnt werden. Bestehende Trennlinien zwischen Bundeswehr und staatlichen sowie nichtstaatlichen Institutionen der Entwicklungshilfe müssen aufgebrochen und durch langfristige Zusammenarbeit ersetzt werden.

DESTABILISIERENDE SICHERHEITSKRÄFTE

In vielen Staaten Subsahara-Afrikas kommt der Sicherheitssektor seinen eigentlichen Aufgaben nicht nach. Das staatliche Ge-

waltmonopol kann nicht aufrechterhalten und Sicherheit nicht gewährleistet werden; dabei macht sich das Fehlen eines funktionierenden demokratisch kontrollierten Gewaltmonopols schmerzlich bemerkbar. Die Bevölkerung nimmt Sicherheitskräfte oftmals nicht als stabilisierenden Faktor, sondern als Bedrohung wahr. Die Vergehen der bewaffneten Macht reichen – je nach Staat beziehungsweise Region – von Korruption über Plünderung, Einschränkung der Freiheit und Menschenrechte bis hin zum offenen Terror gegenüber den eigenen Landsleuten. Oftmals nutzen politische Eliten die Sicherheitskräfte, um eigene persönliche oder politische Ziele zu erreichen. Das lähmt jede positive wirtschaftliche Entwicklung.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit solchen Sicherheitskräften kam über viele Jahre für deutsche Organisationen kaum infrage. Allerdings kann Kooperation auf institutioneller Ebene durchaus geeignet sein, sowohl die Situation innerhalb der Sicherheitskräfte als auch das Verhältnis zur Bevölkerung deutlich zu verbessern – und zwar besonders, wenn die Zusammenarbeit nicht auf eine militärische Komponente beschränkt ist. Deshalb werden seit Jahren sowohl von der Bundeswehr als auch von zivilen Organisationen Maßnahmen durchgeführt, die Reformen des Sicherheitssektors im jeweiligen Einsatzland aktiv unterstützen.

Die Instrumente reichen von juristischer Beratung bei der Formulierung von Gesetzestexten zur Streitkräfte reform über Trainings für Soldaten, Polizisten und Offiziere zur Rolle der Sicherheitskräfte in einer Demokratie, zum Bild des Staatsbürgers in Uniform oder der Rolle von Frauen in Armee und Polizei bis hin zu Unterstützung bei Ausrüstung und Ausbildung. Hierbei arbeiten Bundeswehr, staatliche Entwicklungsorganisationen, politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen erfolgreich Hand in Hand – zum Vorteil aller Beteiligten.



TINKO WEIBEZAH
leitet das Regionalprogramm
Sicherheitspolitischer Dialog
Subsahara-Afrika der
Konrad-Adenauer-Stiftung. Er

ist Reserveoffizier der Bundeswehr im Rang eines Majors.

tinko.weibezahl@kas.de

Fehlende Gesamtstrategie

Die afrikanischen Staaten Burkina Faso, Niger, Mauretanien, Mali und der Tschad haben im vergangenen Jahr einen gemeinsamen Eingreifverband gebildet: die sogenannte G5-Sahel-Truppe. Doch in Mali sind schon andere Militärmissionen aktiv. Um Frieden und Stabilität in der Region zu schaffen, ist eine Koordination der verschiedenen Akteure sowie eine Gesamtstrategie unbedingt notwendig.

Von Julia Maria Egleder

Im November 2017 starteten die Soldaten der neuen G5-Sahel-Truppe ihre erste gemeinsame Operation „Haw Bi“, in der sie an den Grenzen Malis, Nigers und Burkina Fajos patrouillierten. Die bis zu 5000 Soldaten der G5-Truppe sollen in der schwer kontrollierbaren Wüstenregion den sich ausbreitenden islamistischen Terror bekämpfen und für Sicherheit sorgen.

Eigentlich ist die Einrichtung der neuen Mission eine gute Idee. In Mali und den Nachbarstaaten sind mehr als ein Dutzend verschiedene Islamistenorganisationen, darunter Al Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und Ansar Dine, aktiv. Die Übergänge zwischen den Gruppen sind oft fließend. Im weiten Wüstengebiet der Sahara können sie unbehelligt agieren. Die Islamisten kooperieren häufig mit kriminellen Banden, die den Menschen- und Drogenhandel durch die Wüste organisieren.

Außerdem hatten vor fünf Jahren Kämpfer der Tuareg, ein Nomadenvolk aus dem Norden Malis, mit Hilfe der Islamisten große Teile Malis erobert. Französische Soldaten stoppten ihren Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako. Jetzt gibt es einen brüchigen Friedensvertrag zwischen der malischen Regierung und den mächtigsten Tuareg-Gruppen. Doch viele dieser Gruppen zersplittern zusehends, Mitglieder schließen sich Terrorbanden an oder werden kriminell.

Um die vielfältigen militärischen Herausforderungen zu bewältigen, sind bereits mehrere internationale Akteure in der Region aktiv. Knapp 4000 französische Soldaten engagieren sich in der Anti-Terror-Mission „Barkhane“ mit Drohnen, Jagdflugzeugen,

Helikoptern und Transportflugzeugen. Die G5-Truppe soll nun mit den Franzosen kooperieren. Doch ob die zwei Anti-Terror-Missionen tatsächlich koordiniert vorgehen – und nur dann können sie erfolgreich sein – bleibt abzuwarten.

Die bisherigen Erfahrungen mit militärischer Kooperation in Mali machen skeptisch. Denn neben den Franzosen ist auch noch die UN mit ihrer Blauhelmmission „Minusma“ vor Ort. Diese besteht aus 11 299 Polizisten und Soldaten aus 53 Ländern, die den Friedensvertrag zwischen der malischen Regierung und den aufständischen Tuareg-Gruppen überwachen, erneute Kampfhandlungen verhindern und Zivilisten schützen sollen. Auch circa 900 Soldaten der Bundeswehr sind Teil der Mission. Sie sind im nordmalischen Gao hauptsächlich für die Aufklärung der Sicherheitslage zuständig.

Doch schon innerhalb der Minusma-Mission funktioniert die Kommunikation zwischen den verschiedenen nationalen Truppen eher schlecht als recht. Die Aufklärungsergebnisse der Bundeswehr kommen häufig mit langer zeitlicher Verzögerung oder gar nicht bei den Kampfverbänden im Feld an, die oft aus Bangladesch, China oder Burkina Faso stammen. Verständigungsprobleme und unterschiedliche Führungs- und Kommunikationssysteme sind Hauptgründe dafür. Die deutschen Soldaten haben

gemeinsam mit den Niederländern ein eigenes Feldlager, abgesichert von den anderen Nationen – obwohl alle Teil derselben UN-Friedensmission sind. Das zeigt: Schon innerhalb einer Militärmission fließen Informationen langsam und zäh, nationale Eigenheiten und Sicherheitsbestimmungen behindern oft ein koordiniertes Vorgehen.

Auch zwischen Minusma und Barkhane gibt es wenig Informationsaustausch, geschweige denn ein abgestimmtes oder gar gemeinsames Vorgehen. Teils ist das gewollt: Die Bundesregierung betont, nichts mit der Terrorbekämpfung zu tun zu haben. Einen Friedenseinsatz zum Schutz von Zivilisten wie bei Minusma akzeptiert die deutsche Bevölkerung eher als einen Kampfeinsatz, in dem deutsche Soldaten sterben könnten. Die Bevölkerung Malis ist zunehmend frustriert: Von Frieden merkt sie wenig. Tödliche Angriffe von Islamisten auf Dörfer, Zwangsrekrutierungen und Schmiergeldzahlungen an illegalen Checkpoints ist für die Bewohner im unruhigen Norden und zunehmend auch in der Mitte Malis Alltag. Ihre Wut steigt auch auf die internationalen Truppen, die nicht da sind, wenn sie gebraucht würden. Es spricht wenig dafür, dass sich das mit noch einem weiteren militärischen Akteure wie der G5-Sahel-Truppe ändern wird.



JULIA MARIA EGLEDER
ist Redakteurin von „Loyal“,
einem vom
Reservistenverband
herausgegebenen

Monatsmagazin.

julia.egleder@fazit-communication.de

Camp Castor in Nordmali: Deutsche und niederländische Soldaten haben hier ein gemeinsames, abgesichertes Feldlager.



Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

[DOSSIERS](#) [THEMENFELDER](#) [WELTREGIONEN](#) [RUBRIKEN](#) [AUTOREN](#) [ARCHIV](#) [BLOG](#)

INFRASTRUCTURE

Ending traffic congestion

TOP THEMA



Neu 29.01.2018 – von Humphrey Wkonde

Zambia is constructing a two-lane highway between the capital city Lusaka and Ndola in the mineral-rich Copperbelt region in order to reduce road congestion. It is financed by the Bank of China and other Chinese sources.

Aktuelles e-Paper



[Gratis PDF-Download](#)

REGIERUNGSFÜHRUNG

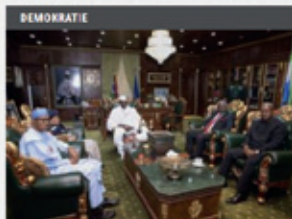


28.01.2018 – von Edith Koozemina

[Sing-bip-two-lane-highway-chinese-money](#)

[aben](#)

DEMOKRATIE



27.01.2018 – von Vladimir Antel-Danilo

[Durchwachsene Bilanz](#)

Aktuelle Blog-Beiträge

- Impressions of Danish troops engagement in Afghanistan
- France is leading the free world, but cannot fill void

Folgen Sie uns

